

Inge – in unseren Kämpfen lebst du weiter





Einführung:

Inge – in unseren Kämpfen lebst du weiter

Die vorliegenden Texte hat uns Inge anlässlich ihres Besuches hier in Zürich am 1. Mai 2018 gegeben. Klar, sie stellen nur einen kleinen Teil ihrer schriftlichen politischen Äusserungen dar. Sie meinte, dass wir die Texte für unsere politische Arbeit benützen könnten. Wir haben uns entschlossen die einzelnen Papiere, so wie wir sie bekommen haben, in einer Doku vorzustellen, weil viel von ihren Inhalten unser Verhältnis zu Inge geprägt haben: aus der Geschichte der revolutionären Kämpfe und der Stadtguerilla selbstkritisch und kritisch für die aktuellen Klassenkämpfe, die Kontinuität des revolutionären Prozesses, zu lernen.

Die Kämpfe, Entwicklungen und Debatten der 70er und 80er Jahre sind mittlerweile Geschichte. Doch sie sind ein historischer Abschnitt, der auch heute noch jeden Ansatz von revolutionärer und kommunistischer Politik entscheidend mitprägt. Hätten wir aus den Erfahrungen jener von verschiedensten kommunistischen und revolutionären Kräften entwickelten Praxis und Theorie dieser Epoche nicht lernen können, so wäre es uns nicht möglich gewesen, einen Entwicklungsprozess hin zu unseren heutigen Positionen und Praxis zu machen.

Die Frage ist nicht die, was wir alles besser und anders hätten machen sollen, sondern es geht darum, die Wurzeln für bestimmte Handlungsweisen, Entschiede, Errungenschaften und Fehler zu finden! Nur so kann die Geschichte im allgemeinen, wie auch die eigene Geschichte im speziellen, die Lehrmeisterin für unseren weiteren Kampf sein. Erst in einer so verstandenen historischen Aufarbeitung bekommen die Kämpfe und damit das politische Leben unserer Genossin ihre wirkliche politische Relevanz und den Bezug zu unserer Aktualität.

Die sozialen und politischen Verhältnisse mögen sich immer wieder verändern, die grundlegenden Parameter des Kapitalismus erfordern weiterhin einen emanzipativen, revolutionären Umbruch. Diese revolutionäre Kontinuität über verschiedene Epochen hinweg hat uns an Inge tief beeindruckt. Ihr politisches Wirken ist Teil unseres gemeinsamen Kampfes für eine kommunistische Gesellschaft.

Für den Revolutionären Aufbau !

Mai 2022

Inge Viett's Beitrag zum revolutionären 1. Mai 2018 in Zürich

Ich möchte mit einer kurzen Skizzierung der Vorgeschichte des revolutionären Internationalismus der 68er Bewegung beginnen, denn diese Vorgeschichte ist die Wurzel der internationalen Solidarität.

Das kommunistische Manifest von 1848 schließt mit dem Ruf: „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ Die Internationalisierung der kapitalistischen Ausbeutung in den Industriestaaten und den kolonisierten Ländern des neunzehnten Jahrhunderts machte von Anfang an deutlich, dass auch der Widerstand nur gemeinsam mit den Unterdrückten aller Länder zur Revolution führen kann.

Die Erste Internationale wurde von Karl Marx gegründet und hat den Grundstein für die noch jungen Arbeiterassoziationen gelegt. Sie zerbrach an den Repressionen, die ihrer bedingungslosen Unterstützung der Pariser Commune folgten.

In der Zweiten organisierten sich die bereits erfahrenen und damals noch revolutionären Sozialdemokratischen Parteien Europas, Gewerkschaften und anarchistische Organisationen. In ihren frühen Jahren – bis ins beginnende 20. Jahrhundert – setzte sich die Zweite Internationale weltweit vor allem gegen die imperialistische Kolonialpolitik und den sich verschärfenden Nationalismus und die Aufrüstungspolitik in den Staaten Europas ein. Die Ausrufung des 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse im Jahr 1889 und der 8. März als internationaler Frauentag im Jahr 1910 ist bis heute ein gültiges Erbe. Der erste Weltkrieg zersprengte die Zweite Internationale. Mit der Burgfriedenpolitik der deutschen SPD und nahezu aller europäischen Arbeiterparteien übernahmen diese Parteien mehrheitlich die nationalistischen, chauvinistischen Positionen der Kriegstreiber ihrer jeweiligen Regierungen. Damit war die Konzeption der internationalen Solidarität de facto gescheitert.

Der notwendige Spaltungsprozess innerhalb der sozialistischen Arbeiterparteien klärte sich am Verhältnis zur Oktoberrevolution 1917 und brachte die Dritte Internationale hervor. Die revolutionären kommunistischen Kräfte trennten sich von den reformorientierten, sozialdemokratischen Teilen. Sie organisierten sich in der 3. Internationale, unter

Federführung der Bolschewiki.

Mit der Komintern begann der reale Prozess zur Organisierung des Weltproletariats. Sie entwickelte unter der Führung Lenins eine substantielle politische und praktische Perspektive zur Stärkung der national-revolutionären anti-kolonialen Bewegungen der anderen Kontinente. Uns interessiert an der Komintern Lenins zentrale These von der Organisierung des weltrevolutionären Prozesses. In ihr nahm die Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt ihren politischen Ausgangspunkt. Denn nach der Gründung der Komintern 1919 konnten sich die national revolutionären Bewegungen der kolonisierten Länder in ihr organisieren, sich weltweit Gehör verschaffen und somit ihren Kampf auf das notwendige politische Niveau bringen.

Auf dem 2. Weltkongress der Komintern wurde ein Programm ausgearbeitet, in dem die antikolonialen Organisationen als eigenständiges Subjekt der Weltrevolution eine politische Rolle spielen. Die russische Revolution gab den antikolonialen Revolutionen machtpolitischen Rückhalt. Im Schutz der Komintern konnten die kommunistischen Parteien in Indonesien und Korea die antikoloniale Revolution organisieren und die Bauern-Revolution in China stark werden.

„Der Weltimperialismus kann endgültig nur zu Fall gebracht werden, durch den siegreichen Klassenkampf des Proletariats im Inneren der kapitalistischen Großstaaten in Verbindung mit den Befreiungskämpfen der unterjochten Völker an der Peripherie des Imperialismus.“

So Lenin.

Der Internationalismus ist das Herz kommunistischer Politik.

Auch nach Lenin, der Auflösung der Komintern sowie dem zweiten Weltkrieg blieb diese Linie eine Konstante der sowjetischen Politik, unbesehen aller innerstaatlichen Verwerfungen und außenpolitischen Brüche unter Stalin. Die Entkolonialisierungsprozesse und die nationalen Befreiungskämpfe des 20. Jahrhunderts hatten die Sowjetunion als politische und militärische Schutzmacht im Rücken. Die internationalen Brigaden zur Verteidigung der spanischen Republik 1939 ist geschichtsprägend für die beispielhafte revolutionäre Solidarität und die Organisierung der Internationalen Roten Hilfe ist ein revolutionäres Erbe, das mit der 68er Bewegung erneut aktiviert wurde.

Auf der anderen Seite stand der imperialistische Block mit seiner Politik der ökonomischen und militärischen Unterwerfung der Staaten unter das Entwicklungsmodell des US-Kapitals und der Bindung an die NATO. In diesen Block war die BRD bedingungslos eingefügt. Immer auf der Seite der Kolonialisten, immer auf der Seite der Ausbeutung, immer gegen die Selbstbestimmung der Völker, immer rassistisch. Das war die Kontinuität der deutschen Außenpolitik auch nach 1945. Ulrike Meinhof hat es - bezogen auf die sozialdemokratische Außenpolitik der BRD Anfang der siebziger Jahre - kurz und scharf so analysiert: die sozialdemokratische Linie ist Wirtschaftshilfe plus Counterguerilla. Auf dem Boden dieser globalen politisch-militärischen Grundkonstellation entfesselten sich die antikolonialen und nationalrevolutionären Befreiungskämpfe und die Bemühungen der Imperialisten, sie wieder zu vernichten.

Ebenfalls auf diesem Boden wuchsen und entwickelten sich in den Zentren der Industriestaaten die weltweiten antiimperialistischen und antikapitalistischen Proteste in den sechziger/ siebziger Jahren bis hin zu den Guerillaorganisationen. Damit knüpften sie an die Geschichte des proletarischen Internationalismus an.

Der revolutionäre Internationalismus wurde also nicht erst von der 68er Bewegung erfunden, aber sie hat den Verdienst, ihn wieder mit Leben erfüllt zu haben. Mit neuen Kampfformen, mit neuer Radikalität und Leidenschaft hat sie die Nachkriegsverhältnisse in der BRD ins Wanken gebracht. Antikommunismus, repressiver Autoritarismus, außenpolitischer Revanchismus und Militarismus beherrschten die Gesellschaft unter der nachfaschistischen Regierung mit all den alten faschistischen Funktionären, Inhalten und Institutionen. Sie wurden radikal verneint von der neuen Generation und massenhaft wurde die herrschende Elite mit politischen, ideologischen und militanten Aktionen angegriffen. Bereits in den fünfziger Jahren begannen Massendemonstrationen gegen die Remilitarisierung, gegen die Atombomben, gegen die Verdrängung und Tabuisierung der faschistischen Verbrechen.

Mit der erneuten Komplizenschaft der BRD gegen die sozialrevolutionären Bewegungen im Trikont, die sich aus der kolonialen Abhängigkeit befreien wollten, entstanden an den Universitäten die ersten internationalen Solidaritätsgruppen. Sie waren nicht nur inhaltlich international,

auch in ihren Personalstrukturen. Studenten aus den Konfliktgebieten waren aktiv in der antiimperialistischen Solidarität engagiert und oft gar die vorwärtstreibenden Kräfte. Sie nahmen Bezug auf nahezu alle internationalen Brennpunkte. Für den algerischen Befreiungskampf 1954 – 1962 und gegen die Kolonialmacht Frankreich sammelten Aktivisten Geld und schmuggelten Waffen und politisch verfolgte AlgerierInnen über die Grenzen. Öffentlich wurde die Solidarität für die nationale Befreiungsfront FLN eingefordert.

Das Vorgehen der USA gegen die Kubanische Revolution wurde verurteilt, der grausame Kolonialkrieg der Portugiesen in Afrika, das Wüten des belgischen Kapitals gegen die kongolesische Unabhängigkeitsbewegung... Alle diese Kriegsschauplätze wurden ins Licht der Öffentlichkeit getragen, die Machenschaften der imperialistischen Staaten und die Rolle der BRD aufgedeckt. Und zwar mit teilweise sehr riskanten militanten Aktionen.

An dieser entschlossenen internationalen Solidarität in den frühen sechziger Jahren wuchs die Protestbewegung zu einer breiten aufständischen Außerparlamentarischen Opposition heran, die Lehrlinge, JungarbeiterInnen aus dem proletarischen Milieu, fortschrittliche WissenschaftlerInnen, Kunst- und Kulturschaffende und linke Sozialdemokraten vereint hat. Diese Außerparlamentarische Bewegung hatte eine klare politische Identität: antifaschistisch, antiautoritär, antiimperialistisch und antikapitalistisch. Und sie war wesentlich bezogen auf den Kommunismus. Wenn auch nicht auf die Parteimuster der damaligen KPs. Sie war die Negation der bestehenden Verhältnisse. Ihre Dynamik erschreckte und provozierte die herrschende Elite. Sie reagierte zunächst reflexartig mit polizeilich/ juristischer Repression, medialer Hetze und Denunziation. Dies erwies sich allerdings als nicht besonders wirksam, der Widerstand wuchs. Die Herrschenden begannen Integrationsstrategien und Antiaufstandsprogramme zu entwickeln, die dann auch von weniger radikalen oder ermüdeten Teilen der Außerparlamentarischen Opposition angenommen worden sind.

Da der revolutionäre Internationalismus heute unser Thema ist, gehe ich hauptsächlich auf diesen Strang der 68er Revolte in der BRD ein. Es ging von Anfang an um internationale Solidarität mit den Bewegungen, die sich vom Kolonialismus und Neokolonialismus befreien wollten.

Mit militärischen Interventionen versuchten die Kolonialstaaten ihre Kapitalinteressen zu sichern und ihre Marionettenregimes an der Macht zu halten. Belgische Fallschirmspringer im Kongo, Bombardierungen in den portugiesischen Kolonien Angola, Mosambik und Guinea Bissau, Rückendeckung für die rassistische Regimes in Süd- und Westafrika, und der Krieg der USA gegen Vietnam sind nur einige Verbrechen, an denen die BRD beteiligt waren. Die revolutionäre Solidarität der Außerparlamentarischen Opposition für die BefreiungskämpferInnen dort war vielfältig, leidenschaftlich und stellte die Legitimität der bewaffneten Kämpfe gegen die Kolonisatoren nicht in Frage.

Die ersten großen antiimperialistischen Solidaritätsaktionen begannen 1964.

Die Proteste richteten sich gegen die Komplizenschaft der BRD mit Moïse Tschombe, dem Mörder von Patrice Lumumba, dem ersten unabhängigen Präsident des Kongo. Tschombe wurde auf der ganzen Welt gehasst und konnte sich nur mit westlicher militärischer und finanzieller Unterstützung und äußerster Brutalität an der Macht halten. Deutsche Söldner, ehemalige Wehrmacht-, SS- und Bundeswehrsoldaten mordeten und plünderten an seiner Seite. Überall wo er bei seinem Deutschlandbesuch auftauchte kam es zu massiven Protesten und Sprechchören, in sein Hotel, sein Auto und auf alle seine Besuchsstationen wurden Stinkbomben geworfen. Ein Flugblatt endete folgendermaßen: *...zum Schutz westlicher Konzerninteressen setzt Tschombe belgische Panzer, amerikanische Bomber, deutsche SS Leute, südafrikanische Rassisten und französische OAS-Terroristen ein. Die Unterdrücker des kongolesischen Volkes sind auch unsere Unterdrücker.*

In den folgenden Jahren erstarkte die Außerparlamentarische Opposition und entfaltete sich eine breite Solidarität für die Befreiungsbewegungen, die gegen das äußerst brutale portugiesische Kolonialregime in Angola, Mosambique und Guinea Bissau kämpften. Mit NATO-Verbündeten und allen voran die USA und BRD im Rücken wurde massenhafter zivilgesellschaftlicher Protest niedergemäht und widerständische Regionen mit Napalm bombardiert. Die BRD lieferte seit 1959 u.a. Flugzeuge, Kriegsschiffe, Militärfahrzeuge, Maschinengewehre.

In Angola, Mosambique und Guinea Bissau begann 1961 der bewaffnete

Aufstand. Die Sowjetunion, die DDR, Kuba und eine weltweite Solidaritätsbewegung unterstützten die Befreiungsbewegungen der drei Länder. Gemeinsam mit den StudentInnen aus diesen Ländern wurde eine intensive Kampagne gegen den Cabora Bassa Staudamm in Gang gebracht, der in Mosambique errichtet wurde und Strom für das rassistische Südafrika erzeugen sollte. Europäische Konzerne, die USA und fünf große deutsche Unternehmen waren beteiligt. Es gab landesweit Veranstaltungen, Kongresse und Ausstellungen zu diesem Projekt, Thematisierung der ökonomischen und imperialistischen Interessen der beteiligten Länder, Proteste bei Aktionärsitzungen, Pressekonferenzen in denen es um die Skandalisierung der deutschen Kriegsbeteiligung ging und im Oktober 1969 die Sprengung eines Kriegsschiffes im Hamburger Hafen, das von Blom u. Voss gebaut war und an das portugisische Kolonialregime für den Kampf in den Kolonien ausgeliefert werden sollte.

Weitere Schwerpunkte revolutionärer Solidarität waren die sozialistisch orientierten palästinensischen Befreiungsbewegungen, Namibia und Südafrika.

1967 eskalierten die Proteste gegen die Unterstützung der BRD für das repressive und durch einen CIA-Putsch an die Macht gekommene Regime des Schah von Persiens. Von Seiten des Staates zeigte sich der Wille, die Demonstrationen mit allen Mitteln zu zerschlagen.

Schüsse fielen, der Student Benno Ohnesorg wurde erschossen. Es herrschte Progrom- Stimmung in den staatstreuen Medien und den verhetzten Bevölkerungsteilen. Trotz Polizeiterror wurde der Widerstand heftiger und machtvoller. Verteidigungsstrategien wurden in der APO diskutiert.

Der machtvollste und breiteste Widerstand aber entwickelte sich am Krieg der USA gegen Vietnam. Die BRD war in Europa der wichtigste und bedingungsloseste Verbündete der USA in diesem Krieg. Die Demarkationslinie des Kalten Krieges verlief mitten durch Deutschland. Ende der sechziger Jahre waren in Westdeutschland auf 60 Stützpunkten 250'000 US-SoldatInnen stationiert. Bereits 1965 begannen die ersten kleineren Demonstrationen, auch in Solidarität mit der Antikriegsbewegung, die sich an den amerikanischen Universitäten ausbreitete. Mit der stetigen Brutalisierung des Krieges wuchsen die Proteste und diese gin-

gen einher mit europaweiten Solidaritätsaktionen für GIs, die zu tausenden aus den amerikanischen Stützpunkten desertierten. Die praktische Hilfe für den Vietkong veränderte sich vom Kauf von Medikamenten zum Kauf von Waffen.

Der Internationale Vietnamkongress im Januar 1968 in Westberlin war der politische Höhepunkt der antiimperialistischen Solidarität mit dem Vietkong und mit den kämpfenden Befreiungsbewegungen in der 3. Welt. Hier wurde die Frage gestellt, was die Forderung von Ho Chi Min „errichtet die Revolution in eurem eigenen Land“ und der Aufruf Che Guevaras: „schafft zwei, drei, viele Vietnams“ real bedeutet. Wie kann eine revolutionäre Strategie im Zentrum des Imperialismus entwickelt werden. Wie notwendig ist die Organisation von Gegengewalt. Es wurden subversive Aktionen gegen Kriegsmaterial der NATO diskutiert und eine europaweite Anti-NATO-Kampagne beschlossen.

In der Schlusserklärung der Konferenz heißt es:

Während das vietnamesische Volk den Kampf für Unabhängigkeit und sozialistische Demokratie gegen den barbarischen US-Imperialismus führt, während in Westberlin der Senat als Komplize des US-Imperialismus versucht, jede Solidarisierung mit dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes als kriminell zu verfolgen und mit Polizeiterror zu zerschlagen, haben sich in Westberlin Vertreter der sozialistischen Jugend Westeuropas, Vertreter der amerikanischen Widerstandsbewegung und Vertreter der revolutionären Jugend der drei Kontinente versammelt, um ihre Solidarität mit dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes zu bekunden und um gemeinsame Maßnahmen für den Kampf gegen den US-Imperialismus zu beraten.

In einer groß angelegten Offensive hat die FNL Südvietnams den revolutionären Volkskrieg auf eine neue Stufe erhoben. Ihre militärischen Erfolge fußen auf dem intensivierten Kampf des gesamten vietnamesischen Volkes. Diese Erfolge beweisen die Fähigkeit revolutionärer Befreiungsbewegungen, die mit dem gigantischen Vernichtungsapparat einer industriellen Großmacht geführte konterrevolutionäre Aggression abzuweisen.

In dieser Situation muß die Oppositionsbewegung in den kapitalistischen Ländern ihren Kampf auf eine neue Stufe heben, ihre Aktionen ausweiten, verschärfen und konkretisieren. Die Oppositionsbewegung steht vor dem Übergang vom Protest zum politischen Widerstand....

Schauen wir heute auf die Kämpfe gegen die imperialistischen Aggressionen vor 50 Jahren, können unsere Herzen nur höher schlagen. Trotz der stürmischen emanzipativen Vorwärtsentwicklung gab es ein Bewusstsein darüber, dass eine Revolution nicht im Sturm einer Minderheit gelingen kann, aber auch eine Niederlage nicht das Ende eines revolutionären Prozesses bedeutet. Ich zitiere aus einem Referat von Rudi Dutschke:

Geben wir uns aber keinen Illusionen hin.

Das weltweite Netz der organisierten Repression, das Kontinuum der Herrschaft, läßt sich nicht leicht aufsprengen. Der „neue Mensch des 21. Jahrhunderts“ (Guevara, Fanon), der die Voraussetzung für die „neue Gesellschaft“ darstellt, ist Resultat eines langen und schmerzlichen Kampfes, kennt ein sehr schnelles Auf und Ab der Bewegung; temporäre Aufschwünge werden durch nicht zu umgehende „Niederlagen“ abgelöst werden. Unsere kulturrevolutionäre Übergangsphase ist im „klassischen“ Verständnis der Revolutionstheorie eine vorrevolutionäre Phase, in der Personen und Gruppen sich noch manchen Illusionen, abstrakten Vorstellungen und utopistischen Projekten hingeben, ...

So konnte auch die militärische Niederlage in der TET-Offensive des Vietkong im September 1968 die internationale Solidarität nicht entmutigen, sondern stärken. Die Moral,

mit der die FNL den Befreiungskrieg gegen die stärkste Militärmaschine der Welt führte, beflügelte die Kämpfe in den imperialistischen Zentren. Sie wurden radikaler, sowohl auf der Straße als auch durch den Entschluss eines Teils der Außerparlamentarischen Opposition, den Guerillakampf im Rücken der Kriegsfront zu organisieren. Exemplarisch nenne ich hier für die BRD die Angriffe auf amerikanische Banken, auf das Hauptquartier der US-Armee in Europa in Heidelberg und auf das Hauptquartier in Frankfurt durch die RAF.

Während Vietnam unter unvorstellbaren Opfern die USA aus dem Land treiben konnte und die weltweite Solidarität dabei eine enorme Rolle spielte, konnte sich die Guerilla in den imperialistischen Zentren und in Lateinamerika nicht verankern und unterlagen. Die Befreiungsbewegungen in Afrika konnten nachdem sie gesiegt hatten unter dem Druck von IWF, WTO und Weltbank ihre emanzipativen, sozialrevolutionären Programme nicht durchsetzen. Die Antimperialistischen Bewegungen

verloren ihr revolutionäres Subjekt. Die revolutionären internationalistischen Impulse versandeten.

In den Achziger Jahren und vor allem nach dem Zerfall des sozialistischen Blocks formierten sich die internationalen Kämpfe neu.

Aber der Fokus hatte sich verändert. Die nun ungebremste ökonomische Besitzergreifung und Ausbeutung der Welt durch die multinationalen Konzerne der Imperialistischen Staaten und ihrer globalen Machtapparate IWF, WTO und Weltbank erzeugten ein neues Bewusstsein. Die rücksichtslose Ausbeutung schaffte neue Kriege, Krisen, Elend, Hunger und Schneisen der Zerstörung in der Welt. Die Bevölkerung der betroffenen Länder verloren und verlieren zu Millionen ihre Existenzgrundlage und macht sich auf die Wanderung in die reichen Länder, die dafür verantwortlich sind. Die Identifizierung der Verursacher dieser Entwicklung, nämlich die mächtigen Lenker und die Institutionen des kapitalistischen Profitsystems, waren nun Ziele massenhafter Proteste.

Wo immer sie ihre strategischen Gipfel abhielten wurden sie angegriffen. Ich erinnere nur an einige Orte, an denen es härteste Auseinandersetzungen gab. Seattle, London, Genua mit Todesfall, Heiligendamm und als jüngstes Beispiel G20 in Hamburg. Diese Kämpfe schafften eine starke antikapitalistische Identität und auf den großen Versammlungen der Weltsozialforen akkumulierte sich Wissen, Organisationsfähigkeit, internationale Vernetzung und weltweites antirassistisches Bewußtsein. Dennoch, die Grenzen des Widerstands offenbaren sich immer wieder an der fehlenden gesellschaftlichen Perspektive, die diese Kämpfe zusammenhalten könnte. Der Imperialismus bleibt unbeeindruckt. Die Kämpfe werden von den Sicherheitsapparaten zerschlagen oder eingehegt. Was nun Rojava und die ganze kurdische Befreiungsbewegung betrifft: Sie hat eine emanzipative und partizipative gesellschaftliche Perspektive entwickelt, diese gemeinsam mit der Bevölkerung ins Werk gesetzt und sie mit ihren bewaffneten Kräften verteidigt. Kommunistische und sozialrevolutionäre Kräfte auf der ganzen Welt schauen elektrisiert auf Rojava und organisieren die Solidarität in ihren eigenen kapitalistischen Ländern. InterbrigadistInnen schließen sich dem Kampf an der Front an, bauen die zerstörten Gebiete mit auf, organisieren medizinische und landwirtschaftliche Hilfe.

Es scheint der herrschenden Elite dringender wie nie zuvor, die Geschichte des revolutionären Kampfes, durch ihren ideologischen Reißwolf zu drehen. Drei Jahrzehnte nach dem Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen der RAF und dem kapitalistischen Klassenstaat BRD, welche die Vernichtung vieler Gefangener zur Folge hatte, ist die Geschichtsschreibung der Bourgeoisie zu einem dichten Klumpen aus Lügen, Selbstgerechtigkeit, viel Dummheit, Pseudomoral und widerwärtiger Falschheit geworden. Dahinter steckt die Anstrengung, den Widerstand aus seinen politischen Kontext zu lösen und als nackte kriminelle Tat zu denunzieren. Das hat keinen anderen Sinn, als die historische und gegenwärtige Realität zu verdunkeln und den Angriff auf die kapitalistische Herrschaft kriminell und irrwitzig erscheinen zu lassen. Denn es bleibt auch ihnen nicht verborgen, dass die nationale und internationale soziale und politische Zuspitzung ihrer Ausbeutungs- Repressions- und Kriegspolitik auch die Zuspitzung im Kampf von unten – also den Klassenkampf und den Widerstand der linken Bewegung neu entfachen wird.

Die bürgerliche Ideologiemaschine ist geradezu besessen von dem Gedanken, eine neue Generation könnte an die Erfahrungen der Alten andocken und der Repressionsapparat ist besessen von der Idee, jede kollektive Struktur, die widerständig sich entwickeln könnte, schon im Vorfeld zu vernichten. So werden seit einigen Jahren exorbitante Überwachungs- und Verfolgungsstrategien entwickelt, angewandt und letztendlich legalisiert, die in erster Linie eines zeigen: Die Bourgeoisie ist auf die Verschärfung des Klassenkampfes vorbereitet. Sie wird ihr ökonomisches Raubsystem mit all ihren Machtmitteln verteidigen. Wird mit ihren Gesetzen, ihrem tiefgestaffelten Repressionsapparat, ihrem Militär, ihren Medien und ihrer ideologischen Dominanz alle angegriffen, die beginnen eine Perspektive jenseits des Kapitalismus zu erkämpfen. Das lehrt uns die Geschichte, das lehrt uns die gegenwärtige Realität. Darauf haben wir uns einzustellen.

Seit drei Jahrzehnten haben wir an markanten Jahrestagen versucht, auf Kongressen, Veranstaltungen, Demonstrationen, mit Filmen, in eigenen Publikationen etc. der bürgerlichen Geschichtsschreibung, unsere

authentische revolutionäre Geschichte entgegenzusetzen, durch Vermittlung der damaligen gesellschaftlichen Realität, der internationalen Zusammenhänge, der Entstehung und der Ziele des bewaffneten Kampfes, der Entwicklung des Repressionsapparates, der Counterprogramme etc.

Das alles ist wichtig auch weiterhin zu tun, und es ist der meinungsführenden Elite auch unerträglich, dass wir es immer noch wagen, ihrer herrschaftlichen Geschichtsschreibung die ganze Realität der Kämpfe entgegenzuhalten, nämlich ihre Ausbeutung, Repression, ihre Kriege und unseren revolutionären Widerstand dagegen. Aber ganz davon abgesehen, dass unsere begrenzten Möglichkeiten propagandistischer Arbeit der ideologischen Massenbombardierung der bürgerlichen Medien nicht gewachsen ist, sehen wir nun nach zehn, zwanzig, dreißig Jahren von Organisierung der Gegenpropaganda in der BRD, dass der revolutionäre Aufbruch vor vierzig Jahren, in und von der radikalen Linken wie ein Stück Historie vermittelt wird, bedingt und berechtigt aus den damaligen politischen Kräfteverhältnissen, national und international. Der revolutionäre Widerstand als ein historisches Monument, zu dem wir alle zehn Jahre pilgern?

Die „Alten“, noch auf verschiedenen Ebenen an der Geschichte Beteiligten, nicken wissend oder bekritteln subjektive Schwächen, oder bekunden moralische Legitimation bzw. moralische Bedenken, also ein Sammelsurium aus privatem oder individualisiertem Verständnis von einer kollektiven Geschichte, die nicht erst mit uns angefangen hat und nicht mit uns aufgehört hat. Und die Jungen, die anfangen zu suchen, wie sie sich organisieren und Widerstand entwickeln können, die anknüpfen wollen gehen leer aus, weil unser revolutionärer Widerstand als geschichtliches Ereignis und nicht als geschichtliches Kontinuum behandelt wird.

Es gibt genug Erklärungen warum die Geschichte, bzw. ihr revolutionärer Impetus, nämlich durch bewaffneten Kampf die proletarische Gegenmacht zu schaffen, zwar wahr genommen und geachtet, aber für eine abgeschlossene Episode gehalten wird. (die historische Niederlage und die nachfolgende Diskreditierung des Kommunismus, die konterrevolutionäre Dominanz, Defätismus, usw.) Und natürlich wird am Ende jeder Veranstaltung die Frage gestellt: Was fangen wir heute damit an?

Was heißt es: die eigene Geschichte verteidigen?

Die bisherige Ratlosigkeit ist unbefriedigend und die Zuspitzung der Klassenverhältnisse zwingt uns zu einer tieferen und umfassenderen Analyse des revolutionären bewaffneten Klassenkampfes, seines historischen Kontextes, seiner strategischen und politischen Schwäche in den siebziger Jahren und seiner unhintergehbaren Bedeutung für den Aufbau einer zukünftigen proletarischen Gegenmacht.

Das ist eine komplexe und anstrengende Arbeit, über die wir heute hier nur in Ansätzen reden können und die wir als radikale kommunistische Linke unbedingt auch in der BRD leisten müssen, was wir, wie ich meine, seit drei Jahrzehnten nicht anpacken. Ohne diese Analyse verlieren wir die revolutionäre Perspektive aus den Augen und arbeiten uns im politischen Alltag an den stets präsenten kapitalistischen Schweinereien und den staatlichen Repressionen ab bis zur Frustration.

Dabei ist der Ausgangspunkt unseres geschichtlichen Interesses, die zu verändernde Gegenwart. Die Kritik an unserer eigenen Geschichte, hat den Sinn, herauszufinden, wie der historische revolutionäre Prozess hier und heute weiterzubringen ist. Und wie wir seine Kontinuität auch in nicht revolutionären Phasen weiter entwickeln können.

Es reicht nicht, die Legitimität revolutionärer Gewalt zu verteidigen, und es geht schon gar nicht darum Fehler und Schwächen „einzugestehen“ um der bürgerlichen Forderung nach „Aufarbeitung“ entgegenzukommen, und auch nicht darum, die subjektiven Überspitzungen, die Probleme der inneren Strukturen in den illegalen Organisationen, die Fehler und Schwächen zu beweinen und zum Zentrum einer defätistischen „Selbstkritik“ unserer Geschichte zu machen.

Es geht allein darum, aus der historischen Kritik eine Praxis zu entwickeln, welche die strategischen Fehler und politischen Versäumnisse nicht wiederholen muss, weil sie nicht reflektiert wurden.

Als Mitte der sechziger Jahre die politischen Verhältnisse in der BRD zum tanzen kamen, haben wir uns in der Illegalität organisiert und bewaffnet, um mit revolutionärer Gewalt proletarische Gegenmacht zu entfalten. Damit stellten wir uns objektiv wieder in die Geschichte der revolutionären Klassenkämpfe, wie sie in den ersten drei Dekaden des vorigen Jahrhunderts geführt wurden und in Russland in der Oktober-

revolution gipfelten, die aber unter den Schlägen des Faschismus und dem Revisionismus mit dem unweigerlich folgenden Reformismus der dominierenden Strömungen der Kommunistischen Parteien zum Erliegen gekommen waren.

Eine Schwäche –oder Lücke- unseres politischen Bewusstseins war, diese Kontinuität nicht zu sehen und nicht zu suchen. Das Postulat der RAF: es gibt nichts, an das wir anknüpfen könnten, ist Ausdruck dieser Schwäche und trägt schon den Kern der Selbstbezogenheit, der sich später entwickelnden bewaffneten Politik in sich.

Es gibt auch hier genug Erklärungen, warum es diese Schwäche gab und sie sind u.a. in dem spezifischen gesellschaftlichen Entwicklungsprozess der BRD zu finden, in dem wir uns politisierten. Ich skizziere ihn nur kurz, weil dazu schon viel und Ausführliches gesagt, publiziert und verstanden worden ist.

Mit der militärischen Niederlage Deutschlands war der Faschismus zwar entmachtet aber nicht zerschlagen worden. Vor allem nicht als rassistische, chauvinistische Ideologie. Die gesellschaftlichen Institutionen, (Politik, Wirtschaft, Bildung, Kultur, Justiz, Polizeiapparat, Geheimdienste, Medien etc.) wurden von der zweiten Reihe der ehemaligen Nazielite bestückt. In den übergestülpten demokratischen Strukturen entwickelte sie eine aggressive revanchistische Politik gegen die DDR und eine aggressive antikommunistische, autoritäre innenpolitische Atmosphäre: Diskriminierung und juristische Verfolgung kommunistischer Politik, Verbot der KPD, Wiederbewaffnung, Nato-Beitritt, Notstandsgesetze. Und implizit diese verrottete Moral einer Gesellschaft, die bis zur Halskrause in Verbrechen steckte, die gelegnet oder tabuisiert wurden. Immer noch bereit für Progrome, immer noch bereit zur Vernichtung von „Andersartigkeit“

Vor allem aber wurden die kapitalistischen Machtverhältnisse restauriert und es gelang die relative Befriedung der ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse und ihrer gewerkschaftlichen Vertretungen. Durch die Verbesserung und tarifliche Sicherung ihrer ökonomischen Lage und der Ankurbelung des Massenkonsums, verlief der Klassenkampf kontrolliert auf niedrigem Niveau. Obwohl es auch wilde Streiks gab, ausgelöst vor allem durch die miesen Arbeits- und Lebensbedingungen der MigrantInnen, welche auf der Höhe des sogenannten Wirtschaftswun-

ders für Extraprofite des Kapitals sorgten. Aber es gab keine revolutionäre organisierte Klassenposition, die KPD war illegalisiert und die 69 neugegründete DKP hatte mit ihrer defensiven reformistischen Politik keinen spürbaren Einfluss an der ökonomischen Basis.

Die ideologische und ökonomische Korrumpierung des Proletariats war in der BRD vielleicht am weitesten fortgeschritten. Der Klassenkampf stagnierte, das Bewusstsein des Proletariats war weit entfernt von sich und seiner Lage. Dazu noch traumatisiert und infiziert vom Faschismus. Die Außenpolitik war die bedingungslose Unterstützung der USA-Containmentpolitik, des Krieges gegen Korea, Vietnam und Kambodscha, die Unterstützung kapitalistischer Diktaturen. Die Unterstützung der rassistischen Kolonialregime in Afrika,

Die ökonomischen Verschmelzungen und die gemeinsamen militär/politischen Interessen mit den USA machten die BRD zu einem integrierten Teil des US-Imperialismus. Und sie ist somit Teil der Kriege gegen den Trikont.

Im politischen Raum der BRD verlief diese Entwicklung nicht widerstandslos. Aus den Reihen der AntifaschistInnen, der KommunistInnen, der Friedensbewegung und linken Sozialdemokraten entwickelten sich große klassenübergreifende Protestbewegungen, die aber sowohl inhaltlich als auch praktisch in ihren traditionellen und legalistischen Widerstandsformen verharrend, den Lauf der Dinge nicht aufzuhalten vermochten. Der sich verschärfende gesellschaftliche Druck rief eine „neue Linke“ auf den Plan, die antilegalistische, antiautoritäre Massenkampfformen praktizierte und sich zu einer machtvollen außerparlamentarischen Opposition entwickelte, die weit über das studentische Milieu hinaus bis in die proletarischen Kreise von Lehrlingen, Schülern, Jungarbeitern, reichte. Die prägenden politischen Themen und Kämpfe waren der nachfaschistische autoritär/gesellschaftliche Konservatismus, der Vietnamkrieg und die Entkolonisierungskämpfe im Trikont. Hier wurde in breiter Debatte die Frage nach revolutionärer Gewalt und revolutionärer Perspektive aufgeworfen. Aus diesem Umfeld heraus hat sich die Guerilla gegründet und gesagt: Nur durch die Praxis kann diese Frage beantwortet werden. Alle Guerillaorganisationen in der BRD hatten von Beginn an ein internationalistisches Grundverständnis.

Die Kämpfe im Trikont hatten den Sozialismus in die Offensive ge-

bracht. Das inspirierte die revolutionäre Linke in ganz Europa. Wir sahen die Notwendigkeit und Möglichkeit mit einem langandauernden Volkskrieg, initiiert durch die revolutionären Interventionen der Stadtguerilla die kapitalistischen Machtverhältnisse aufzubrechen und proletarische Gegenmacht zu entwickeln.

Für ganz viele am revolutionären Aufbruch Beteiligten sind diese spezifischen Verhältnisse in der Nachkriegs-BRD die Begründung für die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes. Einfach weil darin ihre persönliche Politisierung gelaufen ist. Diese Begründung ist nicht falsch aber unhistorisch und provinziell. Aus ihr folgt dann auch das Argument, dass nach den Reformen durch die Sozialdemokratische Regierung der revolutionäre Kampf keine Berechtigung mehr hätte, weil ja die Gesellschaft liberaler geworden sei. Mit diesem sozialdemokratische Unsinn wurde der massenhafte Rückzug von revolutionären Zielen und Reintegration in die kapitalistischen Strukturen begründet.

Trotz der anfänglichen Analysen, die den bewaffneten Kampf in Beziehung setzten zu den konkreten Klassenverhältnissen und Klassenkonflikten in der BRD, konnte unter illegalen Kampfbedingungen keine Praxis dazu entwickelt werden.

Die Stagnation der Klassenkämpfe an der ökonomischen Basis im eigenen Land, die kämpfenden nationalen Befreiungsbewegungen im Trikont, die eine sozialistische Perspektive anstrebten und die Identifizierung der Bundesrepublik als integraler Teil des US-Imperialismus, welcher Krieg gegen die weltweite sozialistische Offensive führte, wurden die konstitutiven politischen Einschätzungen –die Koordinaten- auf denen die antiimperialistische Strategie der RAF sich entwickelte. Und aus denen die kämpfenden Bewegungen im Trikont als Revolutionäres Subjekt bestimmt wurden. Das korrumpierte, gefesselte Bewusstsein der Arbeiterklasse könne nur aufgebrochen und wieder zu Klassenbewusstsein werden, wenn über die Kämpfe im Trikont die Verschärfung der Klassenkämpfe in den Metropolen beginnt. Das war damals bestechend schlüssig, zumal die Außerparlamentarische Opposition sich im antiimperialistischen Bezug radikalisiert hatte und so ein politisches Umfeld für den antiimperialistischen bewaffneten Kampf zu bieten schien.

- Der „Niedergang“ dieses diffusen Umfeldes, der Verlust des

revolutionären Subjekts durch die Transformation der nationalen Befreiungsbewegungen zu Regierungsparteien,
- der fehlende Bezug zur Klasse im eigenen Land,
- die fehlende politische Organisation als „Übersetzungsorgan“ im politisch legalen Raum,
- die Konzentration auf die Gefangenen, auf sich selbst und auf die umfassenden Programme des Repressionsapparates

brachten die Stadtguerilla in die politische und militärische Sackgasse in der sie aufgeben musste ohne eine Spur realer proletarischer Gegenmacht etabliert zu haben.

Was können wir aus dem bewaffneten Klassenkampf in den siebziger Jahren weitergeben, was bleibt gültig für den Kampf um eine proletarische Machtperspektive?

- Jede Realität wird von handelnden Menschen gemacht und verändert.
- Der Kapitalismus ist kein unangreifbares Schicksal. Die Geschichte ist offen!
- Der Reformismus als Hemmschuh des revolutionären Prozesses muß überwunden werden
- Die revolutionäre Gewalt (selbstverständlich in angemessenen Schattierungen) als notwendiges Mittel im Klassenkampf auf die Tagesordnung setzen.

Was müssen wir kritisch beleuchten und neu einordnen.

- Die Negierung der historischen Spur des revolutionären Prozesses in den Kämpfen des Proletariats in den ersten drei Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts.
- Das undialektische Verhältnis zu den Klassenkämpfen (das Proletariat ist korrumpiert...)
- Die Dialektik von internationalem und nationalem Klassenkampf
- Stadtguerilla als Strategie im politisch leeren Raum. (Keine politische Organisation)
- Die letztendliche Reduzierung auf sich selbst als revolutionäres Subjekt

Gedanken zum 11. September 2001

Am 11. 09. , dem Tag der Ermordung Salvadore Allendes, wollten wir uns zu einem gemütlichen Abendessen treffen mit dem üblichen Palaver über die politischen und privaten Befindlichkeiten unseres Milieus, die schiefe Weltlage, über dies und das. Dann waren wir auf ganz andere Weise froh zusammenzusein um das politische Erdbeben, welches der Attacke auf das Pentagon und den WTC folgen wird, gemeinsam einschätzen zu können. Die Ungeheuerlichkeit des Angriffs, die unabwäg-
baren Folgen, die archaische Reaktion der amerikanischen Regierung und der westlichen Medien macht uns Herzklopfen vor Angst. Entgeis-
tert schauen wir immer wieder auf die vorbeiziehenden Bilder des ein-
stürzenden World Trade Center. „Wie grausam,“ denke ich „jetzt erleben
sie ihr eigenes Hiroshima, nicht in der Dimension von 1945, als sie -die
USA- zwei japanische Großstädte samt der Menschen und Tiere pulveri-
sierten, nein nicht in diesem Ausmaß, aber genauso grausam.“

Wer sind sie, die es gewagt und geschafft haben, das Zentrum der Welt-
macht anzugreifen? Bestürzung! Welche Konsequenzen werden diesem
Angriff folgen? Und: Wer den Willen und die Rücksichtslosigkeit für so
einen Anschlag hat, wo ist die Grenze dieser Rücksichtslosigkeit, gibt
es sie überhaupt? Nach einer durchdiskutierten Nacht halten wir drei
Versionen für denkbar:

Es sind Leute, die wegen der endlosen Kette ungestrafter kriegerischer,
geheimdienstlicher und ökonomischer Verbrechen der USA an andere
Völker, wegen eines halben Jahrhunderts selbstherrlicher, gewaltsamer
Aufoktroierung des destruktiven „american way of life“ über andere
Welten, gesagt und beschlossen haben: Jetzt ist Schluß mit lustig, jetzt
schlagen wir zurück, egal was kommt, egal welches Gesicht die Welt da-
nach annimmt, egal wer dafür bluten muß, nach uns die Sintflut... Leute,
die ihre gesamte Aktionsfähigkeit in diesen Angriff gesteckt und mit
ihrem Leben beendet haben. Eine Version zum Fürchten. Sie überläßt
die Welt der initiierten Katastrophe.

Oder es sind Leute mit Machtpotenzen, die in Kürze als neues politi-
sches Moment mit politischen Forderungen auf die Weltbühne treten,
um die Folgen ihres Angriffs in Schach zu halten, Bedingungen zu
stellen. Solche Machtpotenzen benötigen eine Massenbasis, bzw. einen

kohärenten, gemeinsamen geistig kulturellen Unterbau. Eine solche Attacke entsteht nicht allein aus dem Willen einer isolierten Gruppe, sondern ist die Realisierung geheimer kollektiver Wünsche gedemütigter Massen. Alle herkömmlichen antiimperialistischen Kräfte haben weder diese Potenzen, noch diese Muster der Rücksichtslosigkeit, welche uns nur bekannt sind aus faschistischer und kapitalistischer Kriegführung und als religiöse Kreuzzüge, religiöse Progrome. Vielleicht der fundamentalistische Islam? Der „Dschihad“? Die Spur seiner bewaffneten Krieger in den verschiedenen arabischen und asiatischen Länder ist furchterregend!

Oder sie kommen aus dem Innern der amerikanischen Gesellschaft, ein Konglomerat aus Ultrarechten und geheimen Sonderdiensten. Es gibt genug Beispiele ihres Wirkens. Die berüchtigsten sind der Mord am eigenen Präsidenten und der Anschlag auf das Federal Building in Oklahoma City mit 168 Toten. Es sind Kreuzzügler für die arische Rasse, die freimütig antijüdische und antikommunistische Attentate propagieren. Sie wären gewiß die irrationalsten Kräfte, genutzt vielleicht von Sonderdiensten, die einen Weg für amerikanische Zukunftsstrategien zur Zementierung ihrer Herrschaft freisprengen wollen. Ist das wirklich denkbar? Ein Genosse schüttelt den Kopf: „Ich glaube noch an die Menschen, wenn das möglich wäre, welche Chancen hätten wir dann noch?“ Wir fragen uns ob unsere von den Klassenkämpfen dieses Jahrhunderts geprägten Kategorien von gesellschaftlicher Verantwortung, von Moral, von Gerechtigkeit, von emanzipatorischen Prozessen, nicht völlig unwirksam geworden sind zur Identifizierung der heutigen Politik, der heutigen Auseinandersetzungen, ob nicht die Entzivilisierung, die Barbarei bereits ihre Gültigkeit hat.

Seit dieser Nacht mischt der Welthegeemon USA alle gängigen bündnispolitischen Konstellationen mit Drohungen auf. Wer sich nicht im Feldzug gegen „das Böse“ auf die Seite Amerikas stellt, wird als Feind und potenzielles Ziel betrachtet. Die merkwürdigsten Koalitionen werden geschlossen. Die USA- Militärmaschine klirrt auf ihren Stützpunkten rund um die Erde und richtet sich auf die unbotsamen Staaten in der Islamischen Welt. Atombomben und chemische Waffen werden als adäquate Kampfmittel genannt. Bush identifiziert und personifiziert „das Böse“. Sein Name ist Osama bin Laden und Taliban. Von der CIA

an die Macht und in Stellung gebracht gegen den damaligen Erzfeind SU, dienen die ungeratenen ehemaligen Quislinge heute dazu, lang gepflegte strategische Interessen ohne lauten Widerstand durchzusetzen. Afganistan ist umzingelt, die Bevölkerung flieht, es wird besetzt werden unter dem Vorwand bin Laden zu fangen. Damit ist der Weg in den Iran, den Irak und nach Syrien frei. Und ins Kaspische Becken, wo die größten Ölreserven der Welt liegen. Die unverantwortlichen Politiker der Bundesrepublik haben den Amerikanern uneingeschränkte militärische Unterstützung, uneingeschränkte Solidarität zugesagt. Bush ruft: wollt ihr den totalen Krieg? Der Bundestag, und mehr als die Hälfte der Bevölkerung antwortet: jaa, jaa, jaa. !

Eine tiefe geistige und politische Armseligkeit zeigt sich in den Reden, Beschlüssen der Politiker, der Medien, der staatsräsonierten Intellektuellen. Nirgendwo auch nur der Ansatz von Bewußtsein über die eigene Verantwortung in der weltweiten Verschärfung der Konflikte zwischen Arm und Reich, zwischen den Lautsprechern und den Stummen, zwischen den Stiefeln und den Barfüßigen. Nur dauerhafter Chauvinismus, nicht zu durchbrechende Selbstgerechtigkeit, qualvoller Opportunismus.

Inge Viett 29.09.2001

Lust auf Freiheit

Unsere Geschichte als Klassenkampf von unten verteidigen

Was müssen wir uns eigentlich noch von dem medialen Mob der Springer-, Bertelsmann-, Spiegel- und TV-Mogule gefallen lassen? Daß von BZ und anderen aufgewiegelte Durchgeknallte (wie damals Josef Bachmann, der Attentäter von Rudi Dutschke) einer Aufforderung zu Lynchmord mit präziser Ort- und Zeitangabe nachkommen? Diese schreiben den Hofschranzen des Kapitalismus; mit der Macht der Konzerne im Rücken betreiben sie vereint die Diabolisierung von Widerstand, von Verhetzung durch primitivste Diffamierung der letzten Gefangenen aus der RAF. Das ist nicht nur feige und böse, es ist die erprobte Jauche, mit der die Köpfe der Massen im Faschismus, davor und danach gedüngt wurden. Die Saat ist bekannt. Auch die gegenwärtige: Rassismus, Kriegseinsätze, Folter, Lager, Geheimgefängnisse usw.

Auch wenn wir uns hüten müssen, die veröffentlichte Meinung für die Meinung der Menschen zu halten, stoßen wir doch selbst im linken Milieu immer stärker auf die Wirkungen ihrer Denunziationskampagnen. Die herrschende Kultur- und Medienmaschinerie baut auf das Unwissen und Halbwissen der Jungen.

Mit der Komplizenschaft der alten Intellektuellengarde, die zu ihr übergelaufen ist, zermahlt sie die kurze, aber heftige 68er Geschichte und die Akteure des revolutionären Aufbruchs und Ausbruchs aus der deutschen nachfaschistischen und kapitalistischen Kontinuität. Ein schmutziger Brei aus plumper Verteufelung (Bild-Zeitung), herrschaftsdummer Psychologisierung (Kraushaar/Reemtsma) (1), unsäglicher Verlogenheit, Heuchelei und tiefender Dummheit rinnt durch die bürgerlichen Medien.

Die deutsche Elite und all ihre medialen Wasserträger haben kein Problem mit ihrer faschistischen Geschichte, deren Akteuren, deren Ungeheuerlichkeiten, deren Millionen Toten. Sie haben kein Problem mit den heutigen Kriegen, die für ihren Reichtum und für ihre Macht die Welt und die Menschen verwüsten. Sie haben kein Problem damit, daß weiterhin Millionen leiden, hungern und sterben, damit ihre Macht, ihr Reichtum erhalten bleibt. Sie kennen keine Reue, sondern nur Wieder-

holungen, sie kennen keine Entschuldigungen, nur Rechtfertigungen für ihre ehemaligen und jetzigen Verbrechen oder deren Verheimlichung; sie verunglimpfen die Opfer und ehren die Täter, benennen öffentliche und nichtöffentliche Orte nach ihnen. Alles kein Problem.

Aber sie haben ein ungeheuerliches Problem damit, daß es vor vierzig Jahren eine kleine Schar von Menschen gab, die entschlossen den Kampf gegen sie und ihr kapitalistisches Machtsystem aufgenommen hatten. Die letzten politischen Gefangenen aus diesem Kampf haben ihre juristische Strafe abgesessen, und die Medien feuern den deutschen »Kopfab«-Mob an, die Gefangenen mit »ihrem gesunden deutschen Volksempfinden« draußen zu empfangen. – No pasaran!

Symbole zurückgewinnen

Es wird immer schwieriger, die Geschichte des antifaschistischen Widerstands und unsere nachfolgende Widerstandsgeschichte der herrschenden Denunzierung und dem Verrat zu entreißen. Und es wird auch immer schwieriger, die grundsätzlich moralische Notwendigkeit von Rebellion zu behaupten – als kollektiver Akt der Menschenwürde gegen die Unterwerfung unter eine unwürdige kapitalistische Gesellschafts- und Menschheitsentwicklung. Schwierig nicht deshalb, weil uns die Erinnerung abhanden kommt, sondern weil die Unterwerfung bereits so komplex, so daseinsförmig ist, so innerlich und selbstverständlich, daß eine unbändige Rebellion Befremden, Nichtbegreifen oder bestenfalls nüchternes Interesse hervorruft, wie ein Gegenstand, der untersucht und verwertet gehört, wie jedes andere Ding auch.

Unzählige junge Leute haben Examen und Doktorarbeiten über den bewaffneten Widerstand geschrieben, Filme und Kunst darüber gemacht, oft mit Sympathie, aber ohne eine Spur der eigenen Auflehnung, ohne eine Spur von Lust und Ahnung auf Freiheit jenseits des kapitalistischen Seins.

1) Wolfgang Kraushaar ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hamburger Institut für Sozialforschung, das von Jan Philipp Reemtsma geleitet wird. Kraushaar ist Herausgeber des zweibändigen Buchs »Die RAF und der linke Terrorismus«, Hamburg 2006.

Unsere Begriffe und Symbole, für uns leidenschaftliche Antizipation eines anderen Lebensentwurfs, angefüllt mit geschichtlicher Inspiration, bezogen auf die historische Unbeugsamkeit der Klassenkämpfe auf der ganzen Welt, waren unsere verbalen Waffen, die den Gegner kennzeichneten und den Verbündeten Solidarität und Gemeinsamkeit signalisierten. Sie stehen heute im Dienst der Herrschenden. Ihre Hüllen baumeln am ideologischen Kanthaken der imperialen Räuber und ihrer Medienhorden, ihrer Hofhistoriker und Systemexperten. Unsere Begriffe und Symbole werden mit Assoziationsketten gefüllt, die aus der Waren- und Kriegswelt stammen – aus dem Reich der Zombies.

Geht alles in der Gehirnwäsche verloren? Müssen wir neue Begriffe finden, um Freiheit wieder fühlbar zu machen? Ich weiß noch keinen, der nicht schon eingefangen ist. Aber Revolution heißt für mich noch immer: Umsturz aller Verhältnisse, die aus dem Menschen ein geknechtetes, unterworfenenes Wesen machen, was immer die Knechtschaft für ein Gesicht hat: Armut, Ausbeutung, ökonomistische Lebenszurichtung, Terror, Faschismus oder Krieg.

Revolutionäre Politik heißt für mich noch immer: eine Praxis machen, die dieses elendige System grundsätzlich verneint, ihm grundsätzlich jeden moralischen Impetus abspricht, die sich grundsätzlich auf die Seite derer stellt, die von diesem System niedergehalten, gequält, verwertet werden, und die sich dagegen verweigern, auflehnen, es bekämpfen. Revolution ist nicht 1989, ist nicht orange, hat nichts, gar nichts zu tun mit den Gefechten um Anschluß an die imperialistischen Machthaber. Solidarität, Kollektivität, Selbstbestimmung, soziale Gerechtigkeit für alle Menschen sind immer noch Sinn und Ziel revolutionärer Politik. Der Kapitalismus ist die Antithese zu all dem.

Wieso nur wir?

1970 war für uns der politisch/militärische Angriff der angemessene Ausdruck für unseren Widerstand gegen den Kapitalismus. Das war für uns eine natürliche Sache, denn die weltweite Dynamik der Klassenkämpfe schien einen Sprung an die Kehle des Imperialismus zu machen. Unzweifelhaft hatte die revolutionäre Gewalt der antikolonialen und nationalen Befreiungsbewegungen den Imperialismus erschüttert und teilweise zurückgedrängt. Revolutionäre Gewalt hatte – zu Recht – eine

moralische, befreiende Ausstrahlung. Warum sollten wir nicht versuchen, aus der Revolte, die in den sechziger/siebziger Jahren doch eine ganz schöne Masse in den kapitalistischen Staaten ergriffen hatte, einen grundsätzlichen Angriff auf das System werden zu lassen? Warum sollten wir nicht die Chance wahrnehmen? Revolten in Deutschland sind seltene Lichtschächte im autoritären Geschichtstunnel, und sie wurden stets schnell wieder zugeschüttet. Auch wir hatten keine Chance, aber das mußten wir erst rauskriegen.

Die heutigen Fragen: Wieso habt ihr zu den Waffen gegriffen? Was und wer hat euch legitimiert? etc., möchte ich immer häufiger mit der Gegenfrage beantworten: Wieso haben nur wir – ein paar Hände voll – zu den Waffen gegriffen? Wieso sind Zigtausende, die auf dem Weg waren, zurückgefallen,

– obwohl sie begriffen hatten, in welch verbrecherischem Gesellschaftssystem ihr Leben verdingt wird, mit welchen tödlichen Methoden es sich erhält und ausbreitet,

– obwohl auch sie dieses schwache Moment, diese Krise, in der Geschichte des Kapitalismus erkannt hatten, seine momentane Defensive

...

– obwohl – und das ist der entscheidende Unterschied zu heute – die noch existenten Alternativen zum Kapitalismus eine gewisse ideologische und materielle Rückendeckung gaben. Es gab philosophische Horizonte und Häfen für unsere Anstrengungen.

Gewiß, auch mit den Zigtausenden hätten wir die Schlacht nicht gewinnen können, aber den »Geistesheroen der Konterrevolution«, wie Lutz Schulenburg so schön sagt, wäre es bedeutend schwerer geworden, den bewaffneten Widerstand als politische Verirrung und persönliche Verwirrung einiger »Terroristen« aus seinem politischen, sozialen und geschichtlichen Bezug zu lösen.

Wem fühlten wir uns verbunden?

Im Großen allen, die sich auf jede Weise gegen die Herrschaft der Sklavenhalter, der Reichen und ihrer politischen Klasse, ihrer Bürokraten, ihrer Bullen, ihrer imperialistischen Gelüste zur Wehr setzten.

Klassenmäßig, ideologisch eher dem Subproletariat und der Subkultur. Die aus dem Verwertungskreislauf geschleuderten oder Ausgestiegenen, die in Heimen und Knästen Kasernierten, die Überflüssigen, die Prekarierten – wie sie heute bezeichnet werden. Einige von uns hatten sich in sozialen Projekten auf diesem Gebiet politisiert; Heimarbeit, Gefangenearbeit etc. Aber wir bezogen uns durchaus auch auf das Proletariat, seine klassenkämpferische Geschichte, und wir hielten es für möglich, sie der systemintegrierten Gewerkschaftspolitik zu entreißen. Ja, wir hatten große Träume und leider keine Strategie.

Wir waren »massenfreundlich« trotz des schmachvollen Verrats der Arbeiterklasse an der Menschlichkeit während des Faschismus. »Massenfreundlich« hieß für uns »arbeiterfreundlich«, und das Versagen der Arbeiterklasse, das Überlaufen zur Unmenschlichkeit im Faschismus haben wir als Versagen der Politik der KPD identifiziert: ihre hierarchische Führung, also mangelnde emanzipative Strukturen, legalistisches Bewußtsein, Abhängigkeit von stalinistischer Politik, Furcht vor dem bedingungslosen Kampf usw. Wir haben wenig, zu wenig differenziert. Als wären die Arbeiter nicht genauso von faschistischen und kapitalistischen Werten deformiert gewesen wie die Mehrheit der übrigen Bevölkerung. Aber die Arbeiter waren einfach die Guten, aufgrund ihrer potentiellen Gegenmacht. Soweit waren wir Marxisten.

Den Intellektuellen – auch den linken – sind wir mit proletarischem Mißtrauen begegnet. Ihre Anfälligkeit für Verrat in schwierigen Phasen des revolutionären Kampfes ist eine historische Tatsache und exemplarisch auch in unserer Zeit verlaufen. Den wenigen Intellektuellen, die geistige Partisanen geblieben sind, sei Abbitte geleistet.

Aus unserer Bausch-und-Bogen-Verachtung hat sich ein ideologischer Proletarierkult entwickelt, über den wir zwar selbst gelacht haben, der sich aber doch festgesetzt hat. Was nicht heißt, in der Bewegung 2. Juni wären nur Genossinnen und Genossen aus dem proletarischen Milieu organisiert gewesen. In unserer revolutionären Praxis als Stadtguerilla waren die Klassenhierarchie und die Geschlechterhierarchie überwunden. Im übrigen gehörte zu unserem Anspruch an den »neuen Menschen« die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit, was für uns konkret bedeutete, uns das nötige Maß an Theorie und Abstraktionsvermögen zu erarbeiten.

Unser ganz konkretes politisches Umfeld war die damalige undogmatische Berliner Linke, die nach dem Auseinanderfallen der APO den Weg der Partei- und K-Gruppengründungen nicht mitgehen wollte. Die, basisdemokratisch organisiert, sozial-politische Stadtteilarbeit machte und der Unterstützung des illegalen, bewaffneten Kampfes aufgeschlossen war. Wir verstanden uns als bewaffneter Arm der legal agierenden, sich noch als Bewegung begreifenden undogmatischen Linken.

Unser Konzept der fließenden Verbindung legaler und illegaler Zellen hat nur eine kurze Zeit wirklich fruchtbar funktioniert. Das sichtbare Beispiel dafür war die Gefangenenbefreiung durch die Entführung von Peter Lorenz (2).

Wieder beginnen

Die Grenzen einer politischen und logistischen Basis in einer sich mehr und mehr zersplitternden linken Bewegung, in einer eingeschlossenen Stadt, waren schnell erreicht. Wir waren dem perfektionierten Fahndungsdruck nicht mehr gewachsen, machten Fehler.

Die gegnerische Durchleuchtung und Durchsetzung der politischen Szene grub uns das Wasser ab.

Die Sympathie für uns war zwar immer noch da, aber sie materialisierte sich nicht mehr ausreichend. Wir hatten keine politische Organisation aufgebaut, die in der Legalität eine revolutionäre Strategie propagierte und die illegale Organisation politisch unterstützte. Das war ein fundamentaler Mangel. Wir landeten nahezu alle im Knast. Einige konnten wieder entkommen.

Was dann an bewaffneten Aktionen folgte, war der Versuch, die wenigen Kräfte, derer wir uns sicher waren – und das waren die eigenen –, gegen die imperialistische Machtmaschine in Stellung zu bringen. Das war der Punkt, an dem unser Handeln desperat und hoffnungslos wurde. So hoffnungslos wie die Politik der legalen Linken, deren revolutionäre Träume ebenfalls im tiefen Rückschwung waren.

(2) Peter Lorenz war 1969 bis 1981 Landesvorsitzender der Berliner CDU und von 1982 bis 1987 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin. 1975 wurde er von der Bewegung 2. Juni entführt.

Rückwärtsblickend frage ich mich, ob und wann wir den Rückzug hätten antreten müssen, und ob ein Rückzug strategische Chancen hätte beinhalten können.

Für die illegalisierten Kämpferinnen und Kämpfer wäre der Rückzug kaum eine annehmbare Option gewesen, weil sie im legalen Raum der BRD nur die Perspektive von Knast oder Verrat gehabt hätten oder das Exil. Eine Linke, die sie als politische Akteure hätte aufnehmen und absichern können, gab es nicht.

Aber auch, wenn wir sagen, in einer politischen Entscheidung, die aus gesamtprozessualer Verantwortung getroffen werden muß, kann es nicht um die persönlichen Optionen der Akteure gehen, sondern um die Notwendigkeit, neue Ansätze für revolutionäre Politik zu finden, wäre dies realistisch gewesen? Nein.

Ein Vierteljahrhundert erfolgreiche Weiterentwicklung imperialistischer Unterdrückungs- und Herrschaftsformen, Krieg, Eroberung, Terror, Folter, Raub, Überwachung, Zerschlagung sozialer Errungenschaften, die Zerstückelung, Desorientierung und Pazifizierung der Linken durch eine gigantische Manipulationsmaschinerie, die wir einmal angetreten sind zu zerschlagen, die jetzt betrieben wird von den Aufgesogenen, den ehemaligen Aufsässigen, den Überläufern, die unsere Begriffe und Symbole mit hineingenommen haben und sie jetzt für sich arbeiten lassen, all dies läßt den Schluß zu, daß dem Guerillakampf in der BRD und in allen imperialistischen Staaten verdammt mehr Erfahrung, Klugheit, Ausdauer und Unterstützung zu wünschen gewesen wäre.

Jetzt hat sich das irrationale Monster entwickelt, und wir beginnen – vor Schwäche noch taumelnd – wieder von vorn mit dem Suchen nach adäquaten Strategien, ihm beizukommen. Immerhin wir sind schon wieder Millionen.

Der Text erschien am 24.2.2007 in der Zeitschrift Die Aktion– Guerilla-Monolog (III) im Verlag Edition Nautilus.

Kader / Wir bekennen uns zum Widerstand, nicht zum Tod

[,Kader' bedeutet auch faith (Glauben, Bekenntnis)] 2015

Kader war eine kurdische und kommunistische Frau aus der Arbeiterklasse, die lebenslang in allen Bereichen ihrer Identität gegen das System Widerstand leistete.

Kader wurde in Siverek / Urfa als 8. Kind in einer armen Familie geboren. Als in den 90er Jahren die PKK an Einfluss gewann wuchs auch der Druck auf das kurdische Volk. Kader's Familie musste wie so viele kurdische Familien in dieser Zeit nach Istanbul migrieren.

Wenn man als das 8. Kind einer armen und konservativen Familie aufwächst, und dazu noch ein Mädchen ist, dann ist man die letzte die an der Reihe ist, wenn es um Bildung geht. So begann Kader in einer Textilwerkstätte zu arbeiten, als sie 12 war.

Als Kurdin und als Frau war sie gezwungen, in einer von Rassismus und Patriarchat geprägten Gesellschaft aufzuwachsen und da sie ihren Lebensunterhalt als eine informelle Arbeiterin verdienen musste, war sie mit den brutalsten Seiten des Kapitalismus konfrontiert.

Obwohl sie anfang zu arbeiten, bevor sie die Sekundarschule abschließen konnte, sich dem Druck der Familie widersetzte was ihre Kleidung und alles andere was sie tat anbelangte, gelang es ihr in Kursen, die sie zuhause im Fernstudium machte, ihre Schulbildung abzuschliessen, währenddem sie gleichzeitig arbeitete. Zusätzlich gelang es ihr Zugang zur Universität zu erhalten, etwas das viele Menschen trotz hoher Ausgaben für Nachhilfestunden nicht gelingt.

Dass sie in der Lage war, dem enormen Druck und den Schwierigkeiten zu widerstehen, bereitete für sie den Weg, eine mutige, unerbittliche kommunistische Frauenkampf Kriegerin zu werden. Ihr rebellischer, beharrlicher und kompromissloser Charakter bildete sich zur gleichen Zeit. Wir, die Jugend der 90er Jahre sind die Jugend, die von einer Generation erzogen wurde, die mit dem faschistischen Putsch des 12. September 1980 und dem Fall der Berliner Mauer alle Hoffnungen aufgegeben hat.

Wir wurden Teil des Kampfes zu einer Zeit als es keine Hoffnung mehr für den Sozialismus gab, der beharrlichste Liberalismus dominant wur-

de, sozialistische Organisationen verschwanden und Revolutionismus als etwas Vergangenes betrachtet wurde.

Kader und ich trafen uns in diesen Zeiten, in denen Widerstand als scheinbar nutzlos angesehen wurde und sich die Jugend angesichts der neoliberalen Angriffe entpolitisierte; wir trafen uns um den Kampf der Jugend an der Universität zu organisieren.

Was uns in unserem gemeinsamen Kampf an der Universität unterschied war, dass sie als Mitglied der Arbeiterklasse aufgewachsen war. Diese Eigenschaft verlieh ihr eine andere Aura und die Menschen bewunderten sie für ihr Leben das voller Kämpfe war.

Manchmal waren wir hoffnungslos. Aber es waren die Bedingungen, die uns als KurdInnen, ArbeitnehmerInnen und Frauen zwangen, den Kampf fortzusetzen.

Doch die Zeit verging, die Welt änderte sich und aktuelle Ereignisse sprangen in den Vordergrund.

Der Fall der Sowjetunion beendete ein Kapitel der Geschichte. Aber der arabische Frühling, die 15-Mai Bewegung in Spanien, die in Madrid ihren Anfang hatte, der Aufstand in Athen, Occupy Wall Street, die Revolution in Rojava und der Gezi Aufstand der die Türkei erschütterte, öffneten ein neues Kapitel der Geschichte. Kader Ortakaya war eine der ersten, die sich in diesem Kapitel bewegten.

Kader stand in vorderster Reihe, als die Jugend, die Frauen und die ArbeiterInnen beim Gezi Aufstand die Strassen füllten. Sie arbeitete während des Gezi Aufstandes und danach um den Widerstand zu stärken und zu erweitern. Gezi und der Widerstand in Kobane stehen für den Aufstand der Jugendlichen gegen Entpolitisierung. Aus der Sicht der feministischen Bewegung, stehen Gezi und Kobane für die Praxis der Selbstverteidigung.

Kader war durch die Tatsache, dass in Kobane hunderte junger Frauen gegen das brutale Vorgehen der ISIS, kämpften, berührt. Sie wollte ihren jahrelangen Kampf als Frau so wie die stolzen Kriegerinnen in Kobane fortsetzen. Kurz bevor sie ging sagte sie, dass sie beim Gezi Aufstand mit Herz und Seele eine Revolutionärin war. Jetzt seien ihr Herz und ihre Seele in Kobane.

Der Staat verweigerte ihr die Verwirklichung ihres Wunsches. Sie wollten nicht, dass sie auch nur eine einzige Kugel gegen das Monster ISIS

abfeuert. Der Staat tötete sie, weil er sie fürchtete, sie fürchtete wegen ihrer Reden, die sie hielt, während Sie an der Grenze zu Syrien war, weil sie versuchte, ein Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der kurdischen Befreiungsbewegung aufzubauen, und für die Tatsache, dass sie eine Frau war.

Der Staat will durch die Ermordung Kader's eine Nachricht an türkische KommunistInnen und Feministinnen schicken. Während er auf Kader zielte, zielte der Staat auf ihre kommunistische und feministische Identität. Sie wollen Angst in uns wecken und versuchen uns einzuschüchtern. Nun ist es an uns jungen Frauen, die Fahne der Arbeiterklasse und des Frauenbefreiungskampfes zu übernehmen, die Kader ihr Leben lang trug.

Meral --nar

Kapitalismus besiegen! Ohne Revolution?

Vortrag 2009

Ich habe mir lange überlegt, ob es überhaupt sinnvoll ist über Revolution zu reden, wenn, wie hier bei uns, das Klassenbewusstsein und eine revolutionäre politische Praxis nur embryonenhaft vorhanden ist.

Es ist sinnvoll. Denn die Geschichte steht nicht still, die schwachen Klassenkämpfe von heute, können die Aufstände von morgen sein. Das weiß der Klassengegner scheinbar besser als wir, denn er bereitet sich permanent darauf vor. Sei es durch Ausbau der sozialen Kontrolle und der sozialen Spaltungen, durch Überwachung der öffentlichen Räume, oder durch die Legalisierung von Inlandseinsätzen der Bundeswehr.

Mit der Niederlage des sozialistischen Lagers setzte der umfassende Versuch der Bourgeoisie ein, alle historisch gewachsenen und wissenschaftlich unterlegten Begriffe kommunistischer Herkunft zu entsorgen oder für sich umzudeuten. Das war nicht ganz erfolglos. Ich erinnere mich, dass noch vor drei Jahren bei den Vorbereitungen zu den Protesten gegen den G8-Gipfel Begriffe wie Kapitalismus, Imperialismus, Klassenkampf, Proletariat etc. Begriffe waren, die als absolut verstaubt galten und als Gespensterrelikte aus dem Propagandaarsenal des gescheiterten autoritären Kommunismus gescholten wurden. Und zwar nicht nur in der parlamentarischen, reformistischen Linken, die bei diesen Termini ja sowieso immer fürchten, mit der Stalinismuskeule erschlagen zu werden, und selber auch gern damit rumpfuchtelten, sondern vor allem auch in der außerparlamentarischen Bewegung, die ja zu großen Teilen diese Anti-G8 Proteste vorbereitet hatte. Also dieses ganze Spektrum von den NGOs bis hin zu den linksradikalen und autonomen Zusammenhängen. Die Verweigerung mit marxistischen Begriffen die Realität zu analysieren war die Verweigerung den Kapitalismus als Klassensystem zu identifizieren.

Wir hatten damals als „Bündnis für eine revolutionäre Perspektive“ unsägliche Diskussionen, da wir die unbestimmten aber beliebten Begriffe wie Globalisierung, Multitude, etc. als moderne Verschleierung der Klassenverhältnisse und Klasseninteressen verwarfen. Worte wie Sozialismus, Kommunismus, Revolution waren ganz und gar out und hatten

Ersatzbegriffe gekriegt, wie „Emanzipatorische Gesellschaft“, Solidargemeinschaft, Umwälzung durch Antimacht statt Gegenmacht usw. Heute drei Jahre später wird wieder bis ins konservative Lager hinein (wenn auch mit differenten Interessen) von Kapitalismus, Imperialismus, Enteignung, Sozialismus, gesprochen und die marxistische Linke denkt wieder über revolutionäre Strategien nach.

Der Wind der Geschichte dreht sich.

Die Krise hat sich lange angebahnt und hat plötzlich durch den Finanzcrash wieder vielen Menschen die destruktive Absurdität eines Wirtschaftsystems vor Augen geführt, dass auf permanenter Profitmaximierung durch Ausbeutung in vielschichtigen Formen beruht. Die Abwälzung der ökonomischen Krise auf die Lohnabhängigen und die von Regierung und Konzernen gemeinsamen Krisenbewältigungsversuche zugunsten des Kapitals machen die Klassenherrschaft wieder sichtbarer und das verscheucht in rasanter Geschwindigkeit den Nebel, den die herrschende bürgerliche Ideologie über die Klassenstrukturen und Klasseninteressen bläst.

Das löscht hoffentlich auch eine tiefsitzende Illusion, welche immer noch das Verständnis vieler linker Parteien und Gruppen prägt, die Illusion nämlich von der Unabhängigkeit der Regierung, welche angeblich für die ganze Gesellschaft da ist.

Die Regierung- egal in welcher Konstellation- hat die Funktion das ökonomische Grundprinzip des Kapitalismus –die Mehrwertakkumulation- am Laufen zu halten. Es ist ihre objektive Funktion, den Kapitalisten den Weg zu neuen Profitmöglichkeiten zu bahnen und ihnen den Rücken frei zu halten von den Ansprüchen und Widerständen der Auszubeutenden.

Wenn es geht, leistet sie dies durch Regulierung (Gesetze, Verträge) zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten. Hier nimmt an der ökonomischen Basis die Gewerkschaft ihre Rolle ein, entweder als Mediator zwischen den Klasseninteressen oder als (möglicher) Organisator von Widerstand.

Diese „politische“ Regulierung der Widersprüche zur Stabilisierung des Systems- die am liebsten noch mit Beteiligung oppositioneller Kräfte funktioniert- verliert ihren „Nutzen“ für die Bourgeoisie, wenn die Wi-

dersprüche sich zuspitzen und sich antisystemischer Widerstand organisiert, dann regelt der Staat, die Regierung, das selbstverständlich auch mit institutioneller, juristischer, polizeilicher und militärischer Gewalt. Seit zwei Jahrzehnten setzt die herrschende Klasse immer offensiver auf die letzteren Mittel zur Ausweitung und Sicherung ihrer Macht. (Kriege nach Außen, Aufrüstung der Kontrolle nach innen.) Obwohl –wie schon gesagt- im Innern der Widerstand noch recht spärlich und unorganisiert daher kommt.

Linke Politik wird es also immer mit dem repressiven Staat zu tun kriegen, wenn sie eine revolutionäre Strategie verfolgt, oder sie bleibt in den Grenzen der erlaubten oppositionellen Regeln und arbeitet reformerisch an den „Exzessen“ des Profitsystems.

Wir wollen aber perspektivisch die Profit- und Konkurrenzwirtschaft abschaffen bevor sie mit ihrer ökonomischen und kriegerischen Gewalt den gesamten Erdball ausgeplündert hat. Wir sind nicht die ersten, die das wollen und darum möchte ich über historisch erprobte Strategien sprechen, denn ohne revolutionäres Geschichtswissen und Geschichtsbewusstsein, können wir die gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen nicht politisch einordnen und verlieren uns in der Frustration der Alltagskämpfe.

Wo wir herkommen

Das Bestreben den Kapitalismus los zu werden, hat die proletarische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts bestimmt. Es war eine Epoche heftigster Kämpfe gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Und diese Kämpfe werden auch noch das 21. Jahrhundert bestimmen. Seit Karl Marx haben wir einerseits ein fundiertes Wissen über die ökonomischen und politischen Triebfedern des Kapitalismus, die immer wieder zu Krisen und Kriegen führen und andererseits auch das Wissen über seine Endlichkeit und die Genese einer neuen Gesellschaftsformation. Die europäische bürgerliche Herrschaft mit ihrer kapitalistischen Produktionsweise brauchte 6 Jahrhunderte, um ihre Macht zunächst gegen den Feudalismus und dann gegen das sich organisierende Proletariat zu entfalten. Erst die kapitalistische Produktionsweise- nämlich die Inbesitznahme der Produktionsmittel und die Aneignung des von den ArbeiterInnen erarbeiteten Mehrwerts, verschaffte der Bourgeoisie

die sichere materielle Grundlage ihrer Herrschaft. Sie wurde auf dem Rücken der Besitzlosen errichtet, und zwar im Innern durch die Ausbeutung des Proletariats und weltweit durch die brutale Kolonisierung und Ausraubung anderer Kontinente. Der Aufstieg der bürgerlichen Klasse war gewalttätig, blutig und kriegerisch. Ihr Niedergang ist es nicht weniger.

Die bourgeoise Herrschaft war immer Janusköpfig. Einerseits hat sie mit der Aufklärung die Gleichheit des Menschen proklamiert und gesetzlich fixiert und damit Emanzipationsprozesse in Gang gesetzt, andererseits schuf die kapitalistische Produktionsweise neue Sklavenverhältnisse, die bis heute die Mehrheit der Menschen in unwürdiger sozialer Abhängigkeit hält, und ihnen entweder ein Leben als LohnarbeiterInnen oder ein Dasein in Armut oder beides zuweist.

Kleiner Input zu revolutionären Strategien des letzten Jahrhunderts.

Die weltweite Plage der ökonomischen, kolonialen, kulturellen und nationalen Unterdrückung durch die reichen kapitalistischen Staaten, und das marxistische Wissen hat im zwanzigsten Jahrhundert auf allen Kontinenten revolutionäre gesellschaftliche Kräfte, also Bewegungen, Organisationen und Parteien, hervorgebracht, die der bis dahin unumschränkten Herrschaft des Kapitalismus und seiner imperialistischen Politik Grenzen setzten und ihn Zeitweise zurückdrängten.

Das begann mit der sozialistischen Revolution in Russland, danach mit der Chinesischen Revolution und setzte sich fort mit den erfolgreichen Kämpfen gegen den Kolonialismus in Afrika und Asien.

In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts brachen auch in Lateinamerika die Kämpfe gegen die Herrschaft des US-Imperialismus los, die dann mit dem Sieg der Kubanischen Revolution und später der Nikaraguanischen sowohl ihre revolutionären Höhepunkte, als auch ihre Grenzen hatten.

In Europa und besonders in Deutschland war vor allem die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts geprägt von den Kämpfen einer revolutionären Arbeiterbewegung, die in zwei große Strömungen zerfallen war, der sozialdemokratischen und der kommunistischen. Trotz ihrer Spaltung war sie für das Kapital eine gefährliche revolutionäre Macht, mit der die Kapitalisten nicht anders fertig wurde, als die Gegenbewegung

-den Faschismus- zu stärken und an die Regierung zu bringen, um sich die ökonomische Macht zu sichern, denn der Faschismus hat den Kapitalismus nicht in Frage gestellt.

Es ist eine ungemein spannende Geschichte, die revolutionären Prozesse in dieser Zeit zu studieren. Die russische Revolution war lange Zeit die weltweite Schwungfeder für diese Entwicklung und wer ernsthaft revolutionäre Politik machen will, muss sich diese Geschichte aneignen. Nicht nur die Geschichte einer Partei, einer Strömung und einer Linie, sondern das Kaleidoskop der weltweiten Geschichte gegen die kapitalistische Herrschaft. Natürlich ist das im Detail nur für HistorikerInnen möglich, aber es ist einfach notwendig zu erkennen, dass die Ungleichzeitigkeit von Entwicklung und die Unterschiedlichkeit von materiellen Bedingungen zu unterschiedlichen Ansätzen und Strategien führen müssen.

Wir werden auch unter den jetzigen veränderten Bedingungen eines noch komplexer gewordenen Kapitalismus immer wieder auf dieselben Fragen und Probleme stoßen aus denen die revolutionäre Geschichte gemacht ist: Die Frage des revolutionären Subjekts, der Entwicklung von Klassenbewusstsein, die Organisierung von Gegenmacht, das Verhältnis von Avantgarde zur Masse etc. Es gibt auch im revolutionären Prozess keine Stunde Null. Das heißt: Alle Erfahrungen sind unter anderen Verhältnissen schon mal gemacht worden, alle Fehler schon durchlitten, alle Siege und Niederlagen schon durchlebt. Niemand erfindet das Rad noch einmal, es ist da und wir müssen es wieder in Schwung bringen mit unserem jetzigen Wissen.

Zwei Hauptlinien

Ich möchte in großen Zügen einen zusammenhängenden Bogen erfolgreicher Strategien darstellen, mit denen es die historischen revolutionären Kräfte geschafft haben, eine Gegenmacht zur herrschenden bürgerlichen Macht aufzubauen, um diese dann letztendlich zu besiegen. Dass so vieles wieder zurückgefallen oder wieder zerschlagen oder deformiert ist, macht die Geschichte nicht ungültig und ist außerdem nicht Thema dieses Abends. Die vielfältigen Gründe für den geschichtlichen Rückschwung, entlassen uns nicht aus der Notwendigkeit, erneut an revolutionären Strategien zu arbeiten, die perspektivisch geeignet sind,

eine kommunistische Gesellschaft an die Stelle des hochgradig militari-
sierten Ausbeutungssystems zu erkämpfen.

Nun schafft die derzeitige ökonomische Krise noch lange keine revolu-
tionäre Stimmung in dieser Gesellschaft, aber die Widersprüche spitzen
sich zu für die Besitzlosen, für die, die Arbeit haben, für die, die keine
haben und für jene, die nie welche bekommen werden. (das Heer der
„Überflüssigen“). Es gibt ein allgemeines –wenn auch diffuses- Be-
wusstsein über die Unerträglichkeit kapitalistischer Zukunft und weil
letztendlich die einzige Alternative die kommunistische Gesellschaft ist,
müssen wir diese Perspektive wieder offensiv und praktisch verfolgen.

Auch wenn in anderen Teilen der Welt die Ausbeutung in ihrer Aus-
wirkung viel erbarmungsloser ist, als hier in den reichen Zentren, so
ist doch eindeutig klar, dass das Zentrum der kapitalistischen Ausbeu-
tungsordnung hier ist, und wenn sie hier nicht besiegt wird, wird nir-
gendwo eine kommunistische Gesellschaft Bestand haben.

Schauen wir uns die historischen Kämpfe an, stellen wir fest, das es
zwei große strategische Linien gibt, mit denen die Lohnabhängigen, die
Unterdrückten und ihre Organisationen die Kämpfe geführt und zeit-
weise die Macht errungen haben.

An diesen zwei Hauptlinien entlang haben sich je nach nationalen Be-
dingungen die revolutionären Prozesse entwickelt.

1. Die Aufstandsstrategie, der von großen Parteien geführten Arbeiter-
bewegung. Die Vorbereitung der Arbeiterklasse auf ihre Mission als
zentrales Subjekt der zukünftigen sozialistischen Geschichte, die Vor-
bereitung auf den großen Aufstand, der einhergeht mit dem General-
streik, in dem die alte Herrschaft gestürzt wird und das Proletariat die
Macht ergreift.

Arbeiterbewegung.

2. Der lange Volkskrieg- als Guerillastrategie – als bewaffneter Kampf.
Hier geht es um den sogenannten kleinen Krieg, der den Gegner in vie-
len kleinen Angriffen zermürbt und der von einer intensiven politischen
Arbeit der revolutionären Kräfte begleitet wird, indem befreite Gebiete
mit neuen Gesellschaftsstrukturen geschaffen werden und der zuletzt im
Volksaufstand mündet.

Für den langen Volkskrieg stehen als historische Beispiele die Revolution in China, der Volkskrieg in Vietnam, die antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und als jüngeres Beispiel Nepal. Die Guerillastrategie wurde nach dem 2. Weltkrieg zur bevorzugten revolutionären Strategie in den kolonisierten Ländern und in Lateinamerika, wo es nur einen geringen Organisationsgrad des Industrieproletariats gab.

Damit wurde die bis dahin gültige Strategie der KPs gesprengt, welche Revolution und Sozialismus in den südamerikanischen Ländern nur in Etappen denken konnten.

Nämlich zuerst Abschaffung der feudalen und halbfeudalen gesellschaftlichen Strukturen durch die Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte der Bourgeoisie, damit die Produktivkräfte und eine starke Arbeiterklasse sich entfalten können und erst wenn sich der Kapitalismus entwickelt hat, kann der Sozialismus erkämpft werden. (Mit der Aufstandsstrategie) Auf dem Weg dahin galt es in der Legalität Kräfte zu sammeln durch den Aufbau der Organisation.

Diese Strategie wurde der dortigen sozialen und gesellschaftlichen Dynamik nicht gerecht und die KPs verloren die revolutionäre Initiative an die Guerillastrategen.

Die Kubanische Revolution steht für die klassische erfolgreiche Guerillastrategie und hat die revolutionären Kräfte weltweit inspiriert, wie zuvor die sozialistische Oktoberrevolution.

Der Guerillakrieg wurde vor allem in Lateinamerika zu einem Problem für die Vorherrschaft der USA und der von den USA abhängigen Eliten. Auch hier konnten die revolutionären Bewegungen nur durch die Installation von faschistischen Diktaturen geschlagen werden.

Aber auch in Europa, den USA und in Japan, also in den zentral imperialistischen Staaten wurde in den sechziger und siebziger Jahren bewaffnet gekämpft. Inspiriert von den Kämpfen auf den vom Imperialismus beherrschten Kontinenten. Es war der Versuch, mit der Strategie der Stadtguerilla, den Klassenkampf neu zu entfalten, da die Fronten zum Status Quo erstarrt waren durch das atomare Patt und der Koexistenzpolitik der zwei Systeme. Nahezu alle Kommunistischen Parteien hatten sich in diese Koexistenzpolitik auf die eine oder andere Weise eingefügt

und damit die Entwicklung dieser Kämpfe in ihren eigenen Ländern sehr gespalten aufgenommen.

Selbstverständlich gab es schon vor der Oktoberrevolution 1917 vorbereitete Umsturzversuche, z. B. nach der französischen Revolution.

Mit den Jakobinern, Blanqui, der Pariser Commune. ... verbinden sich Strategien und Methoden zum Sturz der Bourgeoisie im 19. Jahrhundert, oder die einsamen opferreichen Kämpfe der russischen Sozialrevolutionäre, die Narodniki, und die Dekabristen, die ebenfalls im 19. Jahrhundert versuchten das Zarensystem zu stürzen.

Aber ich habe die Kämpfe des gerade vergangenen Jahrhunderts gewählt, weil unsere Gegenwart von ihnen noch am stärksten bestimmt ist. Alle Kämpfe, die wir heute führen, haben ihre Wurzeln und Erfahrungen in den historischen Kämpfen. Sowohl in ihren Siegen als auch in ihren Niederlagen.

Organisierung

Wenn wir in diese Geschichte schauen, die ich „unsere Geschichte“, die Geschichte von unten nenne, dann hat es nirgendwo auf der Welt eine fortschrittliche Revolution gegeben, die spontan und unorganisiert das unterdrückende Herrschaftssystem stürzen konnte. Große Aufstände waren nur dann erfolgreich, wenn revolutionär organisierte Kräfte in der Lage waren, sie strategisch und taktisch zu leiten.

Das Fehlen einer politischen Organisation verurteilt jeden politischen (und militärischen) Kampf zur Kurzlebigkeit oder Stagnation, wie immer die einzelnen AktivistInnen sich auch ins Zeug legen mögen. Das beste Beispiel sind die großen Protest- und Widerstandsversammlungen der letzten Jahre. (G8, IWF, Nato) Sie sind selbstverständlich sinnvoll, schaffen aber keine strategische Gegenmacht.

Die Organisation ist das Zentrum in dem Erfahrungen, Kritik, Diskussionen gesammelt, übersetzt und vermittelt werden, in dem die Strategie entwickelt wird, Propaganda und Unterstützung organisiert wird, indem der revolutionäre Prozess vorangetrieben und die Kontinuität der Geschichte gewährleistet wird.

Allerdings sind linke Organisations- und Parteistrukturen kein Selbstzweck, sondern Mittel für den Aufbau von revolutionärer Gegenmacht. Wenn sie nur der Behausung und Beharrung von Funktionären und

Mitläufern oder der Traditions- und Ideologiepflege dienen, oder als Sprungbretter für die Karriere ins Parlament, oder ideologische Brutstätten für Theorien ohne reale Praxis sind, oder Kulträume für einen pseudorevolutionären Lebensstil, dann sind solche Strukturen –auch wenn sie links sind- keine Hilfe für den revolutionären kommunistischen Prozess.

Wir müssen seit Jahrzehnten unsere gesamte politische Arbeit unter den Bedingungen der bürgerlichen Legalität ausüben, also unter Kontrolle, Überwachung, Denunziation, ideologischer, juristischer und medialer Bekämpfung. Wie können wir da organisierte Politik machen, an der tatsächlich eine revolutionäre Perspektive sichtbar wird. Was für mich auch heißt: von Anfang an die Frage der gewaltsamen Auseinandersetzung mit den reaktionären Kräften und ihrer bewaffneten Macht strategisch politisch und organisatorisch im Auge zu haben und dies in der Alltagspolitik auch nicht aus den Augen zu verlieren. Zum Beispiel durch Umgehung von politischer Zuspitzung und Konfrontation, durch Verinnerlichung der bürgerlichen Legalität, und die Einrichtung im „Erlaubten“ und durch eine unklare Haltung zur revolutionären Gewalt. Wenn die inneren Widersprüche der Gesellschaft sich zur revolutionären Krise zuspitzen, wilde Streiks, wilde Demonstrationen, Massenveranstaltungen etc sich entwickeln, ist jede unvorbereitete Organisation damit überfordert, den Kampf gegen die Repressionskräfte zu führen. In spontanen Rebellionen/ Aufständen gibt es weder eine automatische Orientierung auf eine Alternative Gesellschaft, noch eine organisierte Verteidigung. Die Massen werden sich an den Kräften orientieren die Beides zu leisten in der Lage sind. Sind es nicht die linken revolutionären Kräfte, werden es die alten wieder sein.

Daran allein zu denken und noch weniger sich darauf vorzubereiten traut sich heute keine linke Partei und das macht sämtliche europäischen linken Parteien zu Papiertigern.

Wir haben in der Region BRD eine linke Parlamentspartei, eine kommunistische Traditionspartei und viele, viele linke Kleingruppen mit qualitativ hohem antikapitalistischem Bewusstsein, aber auch hoher Ideologielastigkeit. Was uns fehlt ist eine revolutionäre marxistische Organisation/Partei, die in Theorie und Praxis die kommunistische Perspektive zu organisieren und zu erkämpfen beginnt. In den Betrieben,

auf der Straße und in allen anderen politischen Konflikten, denn der Klassenkampf findet in jeder sozialen, politischen und kulturell/geistigen Auseinandersetzung statt.

Definition Kapitalismus (ökonomisch): Privateigentum an den Produktionsmitteln in Händen weniger, aber gesellschaftliche Produktion des Reichtums. Die Lohnabhängigen schaffen Mehrwert für die kleine Eigentümerschicht. Triebfeder: permanente Maximierung des Profits durch Ausbeutung und Konkurrenz

Definition Revolution : Umsturz aller Verhältnisse in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist. Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise. Gesellschaftliche Planung und Verteilung.

Herrschaft - Ohnmacht - Angst - Gewalt - über die Quellen der Gewalt und die ewig menschliche Hoffnung ihrer Überwindung.

Philosophisches Cafe 2006

Einführung:

Wir wollen uns einer Thematik zuwenden, die in ihrer Komplexität fast grenzenlos ist, und es fast ein bißchen vermessen scheint, sie in zwei Stunden Diskussion substanziell durchdringen zu wollen. Woran mir liegt, ist der Versuch, einen Blick auf dieses Thema zu richten, der wegführt von den gegenwärtigen Denkschablonen, Denkgettos, in die das Denken oder Nichtdenken der Bevölkerung von den herrschenden Politikern und den herrschenden Massenmedien geschoben wird. Es mag sein, daß meine Sicht der ihren neu oder konträr begegnet. Aber vielleicht gibt es auch mehr Übereinstimmung, als ich erwarte.

Wenn ich hier von „Thematik“ rede, ist es im Grunde schon eine unerlaubte Vertheoretisierung von Problemen, die täglich unser konkretes Sein als Individuum bis in unsere tiefsten Träume beinträchtigen und unsere kollektive Existenz als Menschheit, mit immer größeren Schritten ins Nichts, in die Selbstzerstörung treiben....

Schauen wir uns diese vier Begriffe -Herrschaft - Ohnmacht - Angst - Gewalt - etwas genauer an, zeigt sich ihr unzerreißbarer Zusammenhang. Sie beziehen sich aufeinander, bedingen sich und steigen in wechselseitiger Intensität auseinander hervor .

Ich möchte sie nicht als theoretische und philosophische Kategorien behandeln, sondern als real gesellschaftliche und individuelle Zustände, die uns gegenwärtig wieder so heftig gefangen nehmen, und die wir -das ist offensichtlich - seit Jahrhunderten nicht konstruktiv zu handhaben gelernt haben. Obwohl alle Soziologen, Psychologen und Philosophen sich ununterbrochen mit ihnen beschäftigen.

Ich halte einen kurzen Ausflug in die Psychoanalyse für wichtig und möchte die groben Grundlinien der Triebstruktur der Freudschen Psychoanalyse skizzieren, weil auch sie zu den Quellen für die Nichtbewältigung von individuellen und kollektiven Konflikten gehören. Wie wir wissen setzt Freud den Geschlechtstrieb - die Libido aus positiver Lust -

als stärksten Trieb. Er ist aber untrennbar auch mit dem Todestrieb, dem Destruktionstrieb - die Libido aus negativer Lust-verbunden. Zu diesen zwei kreatürlichen Kräften der menschlichen Natur gesellt sich eine dritte Kraft: das Ich. Es ist die Kontroll- Verwaltungs- und Zensurbehörde, die bestimmt, was an Kreatürlichem zugelassen wird und was verdrängt bzw. sublimiert wird. An dem Ich hängt das Bewußtsein, welches sich herausbildet durch die Umwelt .

So setzt die Außenwelt die Normen unter denen wir unsere Ichstärke entwickeln: Was darf gelebt werden, was muß, um den jeweiligen gesellschaftlichen Normen zu entsprechen, verdrängt, tabuisiert, sublimiert werden. Die Ausgewogenheit dieser Kräfte entfaltet die Kreativität, ein Übermaß an Verdrängung , an Druck, schafft Neurosen, Pathologien. Hier bilden sich die toten Winkel in denen sich Komplexe, Schuldgefühle, Versagungsängste, Minderwertigkeiten, samt ihrem Streben nach Kompensierung und Ersatzbefriedigung entwickeln. an diesem Punkt treffen Freud und Marx aufeinander:

Die Harmonisierung des Seelenlebens - die ausreichende Befriedigung der Grundbedürfnisse des Menschen -das Glück also- ist abhängig von einer Außenwelt , die dem Menschen das Glück nicht versagt und ihm nicht ständige Unterwerfung abverlangt.

Wir leben aber nicht in so einer Außenwelt. Wir finden eine Gesellschaft vor, die uns nur Ersatzbefriedigung anbietet und uns zwingt, die Unterwerfung nicht nur zu verinnerlichen, sondern sie auch ständig neu zu reproduzieren.

Alles was wir von der Entwicklung des Menschen und seinen Gesellschaften wissen, ist eine Kette von Versuchen sich von Mächten zu befreien, die uns in vielschichtiger Angst und Unterwerfung halten. Unser individuelles und gesellschaftliches Verhalten ist das Produkt dieser Kette. Durch alle Epochen hindurch hatten diese Mächte verschiedene Gesichter. Es führt zu weit, wenn ich hier eine Zeichnung ihrer Verschiedenheit und ihrer Gleichheit machen würde, ich werde mich auf die Epoche der bürgerlichen Herrschaft beziehen, die ja heute im Begriff ist, die Weltherrschaft anzutreten..

Die Aufklärung hat ja die historische Bühne mit dem Anspruch betreten die Menschen von seiner Angst vor Mythen, Göttern, der Sünde, den bösen Geister und Dämonen zu befreien. dies waren die Werkzeuge der

mittelalterlichen Kirche und der jeweiligen weltlichen Despoten.

Die Aufklärung hat die Emanzipation ins Spiel gebracht, die Subjektivität des Menschen. Die französische Revolution 1789 hat - nach einem furiosen, blutigen Zeugungs- und Geburtsakt, - Revolutionäres geleistet und die abendländische Kultur auf ihre humanistischen, diesseitigen Ziele, auf ihre gesellschaftlichen Werte, ihre Ethik verpflichtet: Freiheit, Gleichheit durch Gerechtigkeit, Geschwisterlichkeit. Das gesamte Abendland beruft sich auf diese Werte. Aber leider nur als Idee. Die kapitalistischen Grundlagen des bürgerlichen ökonomischen Systems schaffen eine Realität, die genau das Gegenteil seiner heren Postulate ist. Nämlich: Unfreiheit, Ungerechtigkeit, Ungleichheit, Egoismus bis zum politischen/ökonomischen Autismus, Würdelosigkeit. Mit dieser Realität kolonisiert der Kapitalismus die Welt, nicht mit den ideellen Postulaten.

Und gegen diese Realität wehren sich die Kolonisierten, nicht gegen die Ideale. Vergewärtigen wir uns diese jüngere Geschichte des Abendlandes wird die Hoffnung auf eine Friedensfähigkeit, Angstfreiheit des Menschen nur noch ein schwacher Punkt.

und es scheint, daß Egoismus und Herrschaft zur Sicherung dieses Egoismus, die Welt bis zum Untergang regieren will.

Wo die prämodernen Ängste überwunden wurden, sind andere an ihre Stelle getreten: Existenzängste, Versagungsängste, Todesangst, Kriegsangst, Atomangst, Verfolgungsangst, Leistungsangst, Konkurrenzangst, Altersangst etc.etc.

Die Seelenverfassung unserer Konsumgesellschaft ist die Angst und die Entfremdung

Und nicht die Souveränität, nicht die Freiheit.

Die Ängste aber widersprechen der gesellschaftlichen Maske von der freien demokratischen Verfaßtheit des bürgerlichen Staates.

Sie werden tabuisiert, verdrängt oder als individuelles Unvermögen pathologisiert. Die Folgen: Konformismus, Ohnmacht, Neurosen,, Depressionen, alle Formen psychischer und physischer Krankheiten, Alkoholismus, Drogen, Kriminalität, Liebesunfähigkeit, grausame Sexualität, Amok, Entfremdung, Esoterik, Abwendung von der präsenten gesellschaftlichen Realität, Regression in die Innerlichkeit, Ausgrenzung, Obdachlosigkeit und ein ständig wachsender gesellschaftlicher Bereich,

der ausschließlich damit befaßt ist, die Schäden der Leiden einzudämmen, zu neutralisieren, zu mildern, zu kontrollieren. Polizei, Justiz, Gefängnisse Sozialämter, soziale Institutionen, unzählige Projekte, Heime, Selbsthilfegruppen und Initiativen sind in diese Sysphusarbeit eingebunden.

Wir leiden an unserer Gesellschaft und machen andere daran leiden. Aber diese Erkenntnis ist eine unerlaubte subversive Erkenntnis, spätestens wenn sie auf ihre praktische Umsetzung drängt und zu einer gesellschaftsverändernden Praxis wird: Um es mit den Worten Adornos zu sagen:

Es gehört zum Mechanismus der Herrschenden, die Erkenntnis des Leidens, das sie produziert, zu verbieten.

Ich gehe bei diesem Publikum von einem Grundverständnis über die destruktiven Mechanismen der kapitalistischen Ökonomie aus.

Der Zwang zum Profit ist ein Zwang zur Ausbeutung und ständiger Eroberung neuer Ausbeutungsfelder.

Die ausgebeuteten Felder hinterlassen Elend und Zerstörung, und bringen den kapitalistischen „Hausstaaten“ elendigen Reichtum und Luxus. Die reichen Hausstaaten fressen dem Rest der Welt die Lebensbedingungen weg. Und dieser Rest der Welt ist immerhin die Mehrheit der Welt. Dieses System produziert aber nicht nur massenhaftes Leiden, massenhafte Armut und massenhaften Überfluss, es produziert auch Widerstand, den individuell privaten und den politischen.

Zwischen dem Leiden und dem politischen Widerstand liegt das weite Feld des Mitläufertums jeglicher Couleur. Die ökonomischen, kulturellen, politischen Profiteure der ungeheuren, irrationalen Produktivkraftentfaltung, welche auf Ausbeutung beruht.

Das sind die geistig formierten, loyalen Staatsbürger.

Sie sind in allen sozialen Schichten und politischen Parteien der Gesellschaft verankert und sind die unbewußten Ideologieträger der sogenannten Marktwirtschaft.

Sie sind der Beton auf dem die Regierenden stehen, sie sind die amorphe Masse die geistig bewegt wird von der Medienindustrie.

Sie sind zu jedem Krieg zu überreden, den der Staat anzettelt, zu jedem staatlichen Verbrechen, jeder Ausgrenzung, jedem Programm.

Sie verteidigen ihre öffentlichen Autoritäten, wie verlogen, dumm und

mies sie auch sein mögen.

Sie akzeptieren st rukturale und offene staatliche Gewalt jeden Ausmaßes (wenn sie nur die Anderen trifft) und sie wollen die Staatsgewalt nie genau hinterfragen.

Was sie nicht akzeptieren, ist die Gewalt der Schwachen, oder gewaltsamen Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Sie sind der latente Mob!

Die hochorganisierte bürgerliche Warengesellschaft stützt sich also auf eine kapitalkonforme Massenloyalität, obwohl die imperialistische Gewaltförmigkeit dieser Gesellschaft immer nackt sichtbar war und ist:

Die Kolonisierung im 18. und 19. Jahrhundert,

die Völkermorde, die Weltkriege, der Holocaust, Hiroshima, Vietnam, die militärische Eleminierung und Eleminierungsversuche von Systemalternativen, von Aufständen und Rebellionen, die Kriege und militärischen Einsätze im letzten Jahrzehnt, der Golfkrieg, Nahost, Jugoslawien und nun Afghanistan.

Warum spricht dieses jetzt weltweite Kapitalsystem von sich als „Zivilisation“? Versteht das hier jemand? Ist diese Ausbeutung, diese Verteilung von Menschen, Natur und anderen Kulturen, die sich fortpflanzt durch die Macht des Stärkeren, des Reicheren vielleicht ein Segen für die Menschheit?

Dieses Verständnis von Zivilisation gründet sich auf nichts als die hochentwickelte Technik und Wissenschaft, die den herrschenden Machthabern denselben Zweck erfüllen, wie dem Steinzeitmenschen der Steinkeil. Die Erlegung von Beute.

Ich will sagen, daß die Entwicklung der humanistischen Anlagen des Menschen durch das Profitsystem und seinen allumfassenden Herrschaftstechniken zum Stillstand gebracht wird, ja das seit der Zerstörung möglicher Alternativen im zwanzigsten Jahrhundert bereits eine Rebarbarisierung läuft.

Kommen wir zu unserer Hoffnung, diese Entwicklung zu stoppen und umzukehren.

Viele Versuche sind ohne Erfolg geblieben, aber ohne sie hätten wir heute keine Erfahrung, kein Bewußtsein von kollektivem Widerstand, kein Bewußtsein von Autonomie, kein Wissen über unsere eigenen Kräfte und welche Wege es gibt, diese zu organisieren für einen neuen

Anlauf . Wir fingen bei null an und hätten alle Fehler, Opfer, und Niederlagen aus der Vergangenheit noch vor uns. Wir werden genug neue Fehler machen, es wird nicht ohne Opfer gehen und auch unsere Geschichte der Niederlagen ist noch lange nicht beendet.

Die Leute, die die USA, das Zentrum der Weltmacht angegriffen haben, haben bei den Völkern, die unter der Knute der USA besonders deutlich leiden, durchaus Sympatien. Aber sie sind Teil der Rebarbarisierung, ihnen geht es nicht um die Befreiung des Menschen, nicht um Emanzipation. Hier kämpfen zwei Formen der Usurpation: die eine für Mammon, die andere für Allah. Wenn es denn Bin Laden war. Sie kämpfen um das Nichtmenschliche

Das angegriffene Imperium reagiert wie immer mit Krieg und mit einer ungeheuer geschlossenen weltumspannenden ideologischen Offensive zur Legitimierung ihres blinden Feldzuges gegen das „Böse“, der alles erlaubt: die Ignorierung der UNO, die Aushebelung des Völkerrechts, den Einsatz verbotener unmenschlicher Waffen, Agressionsdrohungen gegen alle, die ihre kriegerische Anwendung des Faustrechts nicht mittragen wollen.

Die deutsche Regierung kennt keinen anderen Weg, als die hemmungslose Unterstützung und Ausweidung dieser Politik zur Stärkung ihrer eigenen imperialen Machtinteressen nach innen und außen. Es wird eine öffentliche „Terrorhysterie“ entfaltet, die keiner Realität entspricht. Der Rechtsanwalt Peter Koch schreibt dazu treffend in der jungen Welt: Ich zitiere:

Ob es Hoffnung gibt, diese gewaltförmige Welt zu verändern, ist abhängig von jedem Einzelnen.

Wer sich nicht engagiert mit seinen Möglichkeiten gegen den imperialistischen Krieg, gegen den Haß und die Ablehnung des Anderen, gegen Rassismus, gegen die Verdummung, gegen die zerstörerische Männerherrschaft, hat auch keine Berechtigung auf Hoffnung.

Wer sich nicht aus dem Bereich der staatskonformen Massenmedien herausbewegt, wird nicht die Realität erkennen, sondern zu den oben genannten Mitläufern werden. Die Hoffnung liegt einzig in unserer widerständischen Praxis.

Was war die DDR?

Vortrag. Über rein moralische Bewertungen hinaus – die Linke sollte für die erste sozialistische Gesellschaft auf deutschem Boden Partei ergreifen

Veranstaltet von ARAB (Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin), fand am 17. Januar 2010 in Berlin-Kreuzberg eine Diskussion zum Thema »DDR – Die radikale Linke und der realsozialistische Versuch« statt (jW berichtete). Auf dem Podium saß neben dem ehemaligen NVA-Offizier Ingo Höhmann (Kommunistische Initiative) und Herbert Mißlitz, Ende der 1980er Jahre im linken Flügel der DDR- Oppositionsbewegung aktiv, die ehemalige Angehörige der Bewegung 2. Juni Inge Vielt; sie hatte Anfang der 1980er Jahre in der DDR politisches Exil gefunden. Wir dokumentieren nachstehend eine leicht überarbeitete Fassung ihres Beitrags.

Ich bin 1982 in die DDR emigriert und habe also die letzten acht Jahre da gelebt. In der BRD wurde ich als Mitglied der bewaffneten Organisation Bewegung 2. Juni und RAF seit Jahren gesucht.

Durch meine Sozialisierung und meine politische Praxis im Westen hatte ich natürlich einen anderen Blick auf die beiden Systeme als die Mehrheit der DDR-Bürgerinnen und -Bürger. Darüber hinaus haben die besonderen Umstände meiner Übersiedlung als illegale Westdeutsche und international gesuchte Person mich von vornherein mit dem staatlichen Sicherheitsapparat in Beziehung gesetzt.

Meine Haltung zu den staatlichen Diensten der jeweiligen Gesellschaftssysteme ist keine moralische, sondern eine von Gegnerschaft oder Nichtgegnerschaft. Die DDR- Staatssicherheit hat nach meinem Verständnis von gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen eine grundsätzlich legitime und notwendige Rolle gehabt. Nur aus dieser Haltung heraus kann ich sie kritisieren, da, wo ihre Arbeit kritikwürdig war. Diese Kritik ist nicht bedeutsamer oder, wie man will, genauso bedeutsam, wie meine Kritik an den Schwächen und Fehlern aller linken Kräfte, einschließlich meiner eigenen. Die Rolle der Staatssicherheit in der DDR ist heute vollkommen überhöht und diabolisiert. Ihre Arbeit gegen den sogenannten inneren Feind war weit von flächendeckender Überwachung entfernt. Nicht zu vergleichen mit den subtilen und umfassenden Überwachungs-, Kontroll- und Foldersystemen kapitalistischer Demokratien und Diktaturen.

Ihre Methoden waren sehr herkömmlich und altbacken. In den Kollektiven der Betriebe hat es keine Atmosphäre von Angst, Einschüchterung oder Kontrolle durch die Staatssicherheit gegeben. Sie war an der gesellschaftlichen Basis im Alltag nicht präsent. Höchstens als Objekt von Witzen. Jedenfalls hab ich es in den acht Jahren nicht anders erlebt.

Kommunistische Perspektive

Die vorherrschende – vom Klassengegner vorgegebene – moralische Beurteilung der DDR, egal ob positiv (was ja kaum vorkommt) oder negativ, ist völlig untauglich für eine kritische Analyse. Sie unterliegt der Manipulation durch bürgerliche Klasseninteressen, individuellen Befindlichkeiten und ist größtenteils antikommunistisch konnotiert. All ihre juristischen, denunziatorischen und moralischen Implikationen dienen der eigenen ideologischen Hegemonie.

Ich betrachte die DDR aus kommunistischer und in eindeutiger Abgrenzung zur bürgerlichen Perspektive. Mit kommunistischer Perspektive meine ich nicht nur das theoretische marxistische Verständnis von der Entwicklung der Gesellschaften, sondern ein Verständnis, das jederzeit ausgeht von der Illegitimität der bürgerlichen Herrschaft und ihrer in Recht gegossenen kapitalistischen Ausbeutung, und ein Verständnis, das jederzeit die Legitimität und Notwendigkeit des Kampfes für eine kommunistische Gesellschaft im Auge hat.

Meine Solidarität mit der DDR bricht nicht an ihrer historischen »Erfolglosigkeit«, auch nicht an den fehlgelaufenen Prozessen, sie sind heute – da wir wieder am Anfang stehen – nicht mehr das Wesentliche, nur das Zweitrangige. Wesentlich für eine kommunistische Perspektive sind die materialisierten sozialistischen Inhalte der DDR und wie sie zustande kamen. Ich werde weiter unten darauf zurückkommen.

Wenn wir uns für eine kommunistische Perspektive ins Zeug legen, geht es nicht darum die DDR zu wiederholen, sie ist nun mal historisch. Aber wir brauchen ihre bedeutenden Erfahrungen. Eine kommunistische Gesellschaft wird ganz bestimmt unter sehr anderen Bedingungen realisiert werden, aber ganz bestimmt nicht unter leichteren. Wir wissen heute noch nicht, welche Mauern, Dämme oder Abwehrschirme wir werden bauen müssen, um die nächsten Anläufe zu verteidigen. Was wir aber sicher wissen, ist, daß die nahezu weltweit herrschenden kapitalistischen

Mächte auch den nächsten Anfängen keinen freien Aufbau gönnen werden.

Ökonomische Grundlagen

Ich würde gern auf zwei Ebenen von der DDR sprechen, die eine wäre meine persönliche somit subjektive Wahrnehmung der gesellschaftlichen Abläufe, also die Verhältnisse der Leute zum Staat, zur Arbeit, die Beziehungen der Leute untereinander etc.

Die andere wäre die eher objektivere aus marxistischer Sicht: Was war an der DDR sozialistisch? Da mir nur eine halbe Stunde zur Verfügung steht, ist es mir wichtiger, über die zweite Ebene zu reden, weil auch von links immer wieder zu hören ist: »Die DDR war alles andere als sozialistisch, unser zukünftiger Sozialismus wird eine freie Assoziation, eine Gesellschaft von freien Assoziierten sein«.

Ja, wunderbar! Das ist unsere schöne Utopie, ich teile sie uneingeschränkt, der Weg dahin aber ist die zu bewältigende Realität. Oder wie Marx sinngemäß sagte: Vor dem Reich der Freiheit, liegt das Reich der Notwendigkeit.

Unsere Wünsche sind nicht maßgebend, solange sie Luftschlösser sind, auch wenn sie ideologisch noch so fein gesponnen werden. Erst wenn sie sich durch eine bessere Praxis mit einem besseren Ergebnis materialisieren, haben sie Anspruch, ernst genommen zu werden.

Unser Maßstab zur Hinterfragung, was die DDR war, kann nur der historische Materialismus sein, also die marxistische Wissenschaft vom Werden, Wachsen und Vergehen der Gesellschaften, von den Gesetzmäßigkeiten der Widersprüche.

Die Etappe des Sozialismus ist geschichtlich gesehen die Baustelle für den Kommunismus.

Eine Aufbauphase, die den Grundstein legt und das Fundament errichtet, auf dem der gesellschaftliche Entwicklungs- und Emanzipationsprozeß hin zum Kommunismus überhaupt erst ermöglicht wird. Dieser Prozeß verläuft suchend, aber nicht planlos, seine Entwicklung hängt ab von den vorhandenen materiellen Bedingungen, den politischen Kräfteverhältnissen, der moralischen Ausdauer und Stärke der subjektiven Kräfte, die diesen Prozeß vorwärts treiben. Welchen historischen Zeitraum dieser Prozeß einnimmt, ist, wenn wir die bisherigen Erfahrungen

in Betracht ziehen, nicht bestimmbar.

Das Fundament einer jeden Gesellschaft ist die ökonomische Produktionsweise, mit der sie sich reproduziert. Im Kapitalismus ist es die kapitalistische Produktionsweise, also Privateigentum an den Produktionsmitteln durch die besitzende Klasse, Ausbeutung, Mehrwertdiebstahl, Klassengesellschaft, Profit als Antrieb, Akkumulation, Überakkumulation, Krise, Krieg und Vernichtung... und ein gesellschaftlicher Überbau, in dem all das verrechtlicht und abgesichert wird. Also all das, womit wir uns rumschlagen müssen und worin wir seit einigen Jahrhunderten gefangen sind. Der erste Schritt zum Sozialismus ist somit die grundlegende Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise.

Es muß also das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft werden. Sie müssen sozialisiert werden. Das bedeutet die Enteignung der besitzenden Klasse, das bedeutet, aus der Produktion für den Profit muß eine planbare Produktion für den Bedarf der Gesellschaft werden und ein solidarischer Austausch mit anderen Gesellschaften hergestellt werden. Im September 1945 wurden in der DDR (zu der Zeit noch SBZ) die agrarischen Großeigentümer – die Junker – enteignet.

Im Juni 1946 begann die Enteignung von Monopolunternehmen und Betrieben der Nazis und Kriegsverbrecher. 1948 wurde die Planwirtschaft für die staatliche Industrie eingeführt. 1950 begann die Kollektivierung des Bodens und des Handwerks. Das genossenschaftliche Eigentum wurde gegründet, es entstanden die LPG und PGH. Das war 1960 nahezu abgeschlossen.

Gigantischer Kraftakt

Die DDR hatte also unzweifelhaft eine sozialistische ökonomische Basis. Ihr Grundcharakter also war zweifelsfrei sozialistisch. Die Planung und Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts wurde nach den gesellschaftlichen Erfordernissen und nicht nach den Profitinteressen einer besitzenden Klasse durchgeführt. Wie gut oder schlecht das funktioniert, ist keine Aussage über den sozialistischen Charakter. Im übrigen hat die Planwirtschaft in der DDR im Prinzip ganz gut funktioniert, trotz ihrer Disparitäten. Die Planwirtschaft kann mit den heutigen Erfahrungen und der heutigen Informations- und Rechentechnik natürlich noch viel besser funktionieren. Wer aber von einer Mangelwirtschaft in der

DDR spricht, hat sich in der Welt nicht umgesehen und mißt mit der kapitalistischen Elle des Überflusses und der Verschwendung bei gleichzeitiger Ignoranz des weltweiten Mangels, und der unübersehbaren Schäden als Folge dieser Verschwendung.

Der Grundstein für die Entwicklung hin zu einer kommunistischen Gesellschaft war in der DDR also gelegt. Wie schön, wenn wir da erst mal wieder wären.

Die Beseitigung des Kapitalismus nach Kriegsende im Osten Deutschlands war leider nicht das Resultat einer revolutionären Arbeiterklasse oder Massenbewegung. Eine kommunistische Minderheit hat den sozialistischen Aufbau unter der Abhängigkeit und dem

Schutz der Roten Armee durchgesetzt.

In der DDR ist die Abschaffung des Kapitalismus und der neue gesellschaftliche Aufbau ohne blutigen Clash der Klassen verlaufen, aber mit einem steten Druck auf eine starke unwillige vom Faschismus verblendete Mehrheit, und je nach politischer Sicherheitslage war dieser Druck mal stärker mal schwächer.

Die kommunistische Führung agierte in äußerst schwierigen Verhältnissen:

- der Abhängigkeit von den Prämissen der UdSSR
- dem fehlenden revolutionären Willen der Mehrheit der sozialistischen Basisklasse (des Proletariats)
- dem Widerstand der enteigneten Klasse und deren Kollaboration mit dem kapitalistischen Westen
- der geheimdienstlichen, ideologischen und ökonomischen Bekämpfung aus dem Westen, einem gespaltenen Land an der Nahtstelle zweier Systeme im Kalten Krieg.

Wenn wir uns heute die damaligen materiellen Bedingungen vergegenwärtigen: ein vom Krieg zerstörtes, geteiltes und besetztes Land, Hunger, Hoffnungslosigkeit, Rückständigkeit, eine zerschlagene Arbeiterbewegung, eine traumatisierte kommunistische Partei, eine demoralisierte teils feindliche Bevölkerung, eine geschlossene imperialistische Front vor der Haustür, und ein internationaler Klassenkampf mit der Drohung eines Atomkrieges, dann scheint mir der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ein gigantischer Kraftakt gegen die objektiven Bedingungen

gewesen zu sein. In diesem Kraftakt war auch der politische Zwang ein unbedingt notwendiges Instrument.

Übergangsgesellschaft

Die Genese der DDR ist eine problematische politische Besonderheit, aber sie stellt deshalb den allgemeinen sozialistischen Charakter der neuen Produktionsverhältnisse keineswegs in Frage. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse haben natürlich ein neues gesellschaftliches System hervorgebracht. Ein anderes Staatsgefüge, ein anderes Rechtswesen, ein anderes Kultur- und Bildungswesen, eine andere Demokratie. Aber eine Gesellschaft wie die DDR, die sich im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus befindet, trägt Formen und Inhalte beider grundverschiedener Gesellschaftssysteme in sich.

Die DDR war eine Übergangsgesellschaft, ein Hybridgebilde, nicht mehr kapitalistisch und noch nicht wirklich sozialistisch.

Die Widersprüchlichkeiten wirkten auf allen Ebenen und in allen Bereichen:

- Einerseits war die DDR der bürgerlichen Demokratie mit Parteien, Wahlen usw. nachgebaut (Volkskammer). Andererseits lag die Führung in Händen der Partei, die sich als Interessenvertreterin und als Avantgarde der Arbeiterklasse verstand.
- Die Lohnarbeit blieb bestehen, aber der Mehrwert wurde gesamtgesellschaftlich verteilt. Damit war die entfremdete Arbeit nicht aufgehoben, aber entschärft.

- Das Arbeitsfeld war wesentlich konkurrenzfrei, aber für die notwendige Produktivitätssteigerung gab es noch keine adäquate Lösung.
- Die Bourgeoisie war entmachtet, aber ihre Werte, ihre Ideologie, ihre Beziehungen waren noch aktiv.
- Die neue Stellung der Arbeiterklasse nivellierte die sozialen Hierarchien, aber die noch nicht aufgehobene Arbeitsteilung brachte neue Privilegien hervor.
- Es gab gesellschaftliches Eigentum, aber kein ausreichendes gesamtgesellschaftliches Bewußtsein für die Verantwortlichkeit dieses Eigentums. Eine Übergangsgesellschaft hin zum Sozialismus ist auch noch keine klassenlose Gesellschaft. Der antagonistische Klassenwiderspruch des

Kapitalismus ist zwar aufgehoben, aber die noch nicht aufgehobene Arbeitsteilung bringt andere Klassen/Schichten hervor. Die Intelligenz, die Ökonomen und Techniker, die Funktionäre. Sie alle haben widerstreitende Interessen. Wenn der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß stagniert, wie in der DDR geschehen, dann können die Widersprüche zwischen diesen Klassen sich ebenfalls antagonistisch zuspitzen.

Die maßgeblichen gesellschaftlichen Entscheidungen blieben 40 Jahre lang zentralisiert in den Händen einer kleinen Führungsriege. Das von der SED festgezurrt System von Entscheidungshierarchien war den komplexen Widersprüchen nicht gewachsen. Es hat die Stagnation im gesellschaftlichen Entfaltungsprozeß zu verantworten. Es hat der Arbeiterklasse Möglichkeiten zur Entwicklung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung genommen. Entsprechend hat es auch keine Verteidigung des Gemeineigentums gegeben.

Die Mobilisierung der Bevölkerung zur Beteiligung an Prozessen lief in der DDR immer über eine umfassende Kampagnenpolitik. »Plane mit, arbeite mit, regiere mit ...« etc. Das waren immer auch sozialistische Erziehungskampagnen. Loyalitätsforderungen, aber keine entscheidende Partizipation.

Es gab durchaus Ansätze direkter Demokratie z. B. die Arbeiter- oder Bürgerkomitees, Arbeiter- und Bauerninspektionen. Das waren Einrichtungen gesellschaftlicher Kontrolle. Oder die Schieds- bzw. Konfliktkommissionen als vorjuristische Konfliktbewältigung. Aber sie wurden eben nur so weit entwickelt, wie sie der Entscheidungshierarchie nicht in die Quere kamen.

Debatten über strategische, gesellschaftliche Probleme wurden nicht öffentlich geführt, Entscheidungsprozesse nicht kollektiv erarbeitet. Die Mehrheit der DDR-Bevölkerung, einschließlich der Mehrheit der führenden Partei, sah sich deshalb nicht in der Verantwortung für das, was mit dem Sozialismus in ihrem Land geschah.

Neue soziale Muster

Dennoch entwickelten sich mit dem Aufstieg der Arbeiterklasse neue Lebens-, Bildungs- und Kulturinhalte, brachten die kollektiven Strukturen in den Lebensbereichen der Leute neue soziale Muster hervor, die sich auf Kollektivität und Solidarität richteten. Ein hervorragendes

Arbeitsrecht und eine komplexe Sozialgesetzgebung, einschließlich Gesundheitsversorgung und Erholungswesen, sicherten die Grundbedürfnisse der Bevölkerung auf hohem Niveau. Das sozialistische Bildungs- und Kulturwesen hat ganz allgemein eine gesamtgesellschaftliche, humanistische Grundhaltung begünstigt. Das allgemeine Leben in der DDR war viel partnerschaftlicher, sowohl zwischen den Geschlechtern als auch zwischen den Leuten insgesamt. Es war viel sorgen- und streßfreier, obwohl so viele Bedürfnisse unbefriedigt blieben.

Dieses gesamtgesellschaftlich höhere Niveau von Bildung und Kultur, Solidarität und Humanität müssen wir als Essential der DDR unbedingt höher einschätzen, als die unangenehmen und problematischen Ecken der DDR. Das sind für eine kommunistische Gesellschaft substantielle Werte, und sie beweisen, daß die Abwesenheit des Warenverhältnisses und die Abwesenheit von Konkurrenz als soziale Struktur, die Grundbedingungen hin zur solidarischen Gesellschaft sind.

Dieser – ich nenne es mal statt Errungenschaften – sozialistische Bodensatz, hat sich entwickelt trotz einer autoritären Staats- und Parteiführung und trotz der gesellschaftlichen Spannungen, die aus dieser autoritären Führung einerseits, der ökonomischen Einschnürung und den außenpolitischen Konflikten andererseits resultierten. Und es ist dieser sozialistische Bodensatz, nach dem sich viele zurücksehnen und der als Ostalgie belächelt oder denunziert wird.

Woran scheiterte die DDR?

Die Versuche, der Niederlage mit der Suche nach revisionistischen Abweichungen auf die Spur zu kommen, mögen für die Wissenschaftler unter den Marxisten interessant sein. Ich persönlich denke, daß es keinen gradlinigen, an das wissenschaftliche Muster gebundenen Weg durch die Widersprüche der materiellen Bedingungen geben wird.

Der Marxismus kann immer nur ein Kompaß sein für die allgemeine Richtung. Die DDR-Regierung hat diesen Kompaß 1987 mit dem sogenannten gemeinsamen Grundsatzpapier der SED/SPD endgültig weggeschmissen. Sie hat in diesem Papier dem Kapitalismus die Friedensfähigkeit bescheinigt, nicht aus freien Stücken, nicht aus Bosheit, und nicht, weil sie es selber glaubte, aber aus Müdigkeit angesichts der Schwierigkeiten und in der Illusion, der Westen könnte ihr aus diesen Schwierigkeiten heraushelfen. Diese Illusion ergriff letztlich die Mehr-

heit der Bevölkerung.

Es gibt bei den meisten seriösen Historikern einen Konsens darüber, daß die DDR an ihrer geringen Arbeitsproduktivität eingegangen ist. Das ist nicht ganz falsch, aber ich gewichte dieses Problem anders und sage, die DDR ist an der ungeheuren zerstörerischen Produktivität des Kapitalismus gescheitert. Der Wettbewerb endete tödlich. Erst wenn der kapitalistische Weltmarkt ausgeschaltet ist, kann sich eine sozialistische Austauschwirtschaft entwickeln, und die Fehler, die immer wieder dabei gemacht werden, können mit Vernunft geregelt und aufgehoben werden. Das Hineingleiten in den kapitalistischen Weltmarkt unter Honecker endete wie bei jeder anderen schwächeren Ökonomie in der wirtschaftlichen Abhängigkeit und politischen Hilflosigkeit. Und Abhängigkeit, das wissen wir, endet entweder in Unterwerfung oder im Kampf um Befreiung.

Der fanatische Haß der Sieger

Schauen wir zurück, wie das vor zwanzig Jahren lief: Die Geldmacher überrannten die DDR als selbstgerechte Plünderer, Abstauber, Schieber, Scharfrichter. Damals unterwarf sich eine marodierende Klasse im spontanen Triumph ein besiegt Land. Dabei haben nicht nur die DDRler schlecht ausgesehen. Einen wesentlich übleren Atem hatten die Sieger und Rüberläufer. Auch das wollen sie vergessen machen und ihr mieses Antlitz reinigen. Die jetzigen Propagandaschlachten sind überhaupt nicht mehr spontan, sondern eine durchorganisierte, staatlich gesteuerte Manipulation. Eine Offensive gegen eigenes Denken, gegen eigenes Erinnern, und vor allem auch gegen eigenes Suchen nach Alternativen. Kein Aufwand ist zu teuer, kein »Zeitzeuge« zu verkommen oder zu dumm, keine Geschichte zu plump, kein »Museum« zu lächerlich in seiner Falschheit, um die Leute nicht von morgens bis abends damit vollzustopfen.

Das Ziel ist deutlich: In der tiefen Krise organisiert sich die BRD-Elite auf allen Ebenen eine Geschichtspropaganda, die ihresgleichen nur im Faschismus kennt. Eine ausgehöhlte bürgerliche Demokratie baut sich ein Monstrum »Unrechtsstaat DDR«, damit ihr eigenes im Verfall begriffenes System dagegen immer noch schick aussieht. Damit sich Krieg, Repression, Armut, Überwachung, geistiges und kulturelles Elend und

eine diktatorische Profitökonomie hinter diesem konstruierten Monster verstecken können.

Mir geht es mit diesem Vortrag um die Einforderung einer solidarischen Grundhaltung mit der kommunistischen Generation, die nach dem zweiten großen Weltkrieg dem deutschen Imperialismus durch den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft den Boden entziehen wollte und dies auch immerhin mehr als 40 Jahre lang geschafft hat. Das war eine Periode großer geschichtlicher Entwürfe und erfolgreicher Anstrengungen ebenso wie großer Irrtümer und Fehler. Als Linke, zumal als radikale Linke, müssen wir Partei ergreifen für diese Periode, sie mit Respekt analysieren und sie nicht dem Haß und der Rache des Klassengegners überlassen.

1. Zunächst verbindet uns ganz allgemein aber sehr grundsätzlich, die Gegnerschaft zum kapitalistischen Gesellschaftssystem und der Kampf für eine kommunistische Zukunft
2. und natürlich ganz speziell der Versuch, zu verschiedenen Zeiten, unter verschiedenen Bedingungen mit bewaffneter Politik dem revolutionären Prozess Schubkraft zu verleihen
3. die historische Erkenntnis, dass der Reformismus in all seinen Spielarten keine Perspektive zur Abschaffung des Kapitalismus ist, sondern allein die Kontinuität des revolutionären Prozesses diese Perspektive möglich macht
4. Unser Internationalismus –also unsere Solidarität mit allen, die für eine von Ausbeutung und Profitzwang befreite Gesellschaft kämpfen.
5. Unsere heutige Suche nach tragfähigen revolutionären Strategien, die hier in den imperialistischen Zentren materialisierbar werden können.

Meine Biographie ist verbunden mit dem bewaffneten Kampf in der BRD. Ein historisch kurzer aber sehr leidenschaftlicher Abschnitt in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Er begann in den sechziger Jahren mit dem Aufstand der Nachkriegsgeneration gegen die unerträgliche Kontinuität faschistischer und konservativ/ autoritärer Interessen der Nachkriegselite, welche zu groessten Teilen auch die Vorkriegselite war.. Es gab damals massenhafte Kämpfe um eine andere Gesellschaft. Die Periode von 1966 bis 1975 war in Europa und den USA geprägt von einem Offensivgeist der studentischen und proletarischen Jugend.

Vor allem in Italien und in Frankreich war auch der Klassenkampf in der Arbeiterklasse in diesen Jahren scharf entwickelt. In der BRD allerdings verharnte die Arbeiterklasse irritiert in der Befriedungspolitik (Konzertierte Aktion) ihrer Gewerkschaftsführungen.

Mit den Reintegrationsofferten der Sozialliberalen Regierung verlor die

APO ihren revolutionären Schwung. Der Sog zurück in den bürgerlichen Alltag drohte die revolutionäre Aussicht zu versperren.

Wir- der militante Sektor- der APO wollten diese Aussicht auf eine Geschichte jenseits des Kapitalismus offenhalten und entschieden uns, den bewaffneten Kampf zu organisieren. Und natürlich wollten wir gegen den heraufziehenden Defätismus unsere eigene Hoffnung und Kampfbereitschaft setzen.

Die Bedingungen waren nicht gut, soweit sie die Prozesse des Niedergangs der Rebellion betrafen und die Kämpfe der Arbeiterklasse, die 69 nach den wilden Streiks in den Montan- und Metallbetrieben mit neuen Tarifverträgen befriedet wurden und die sozialdemokratischen Wahlerfolge sicherten.

Die antiimperialistischen Kämpfe hingegen waren im Aufschwung, die Fähigkeit des Vietcong, der größten Armee des Imperialismus eine Niederlage zu bereiten, stärkte unsere revolutionäre Moral und die aller revolutionären Organisationen. Es lag einfach in der Luft, das Subjekt des revolutionären Prozesses in den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen zu sehen, und die Strategie: Kein ruhiges Hinterland in den Zentren“ zu entwickeln.

Dennoch war uns bewusst, dass die Guerilla nur in Verbindung mit den Klassenkämpfen in den Betrieben und einer starken politischen Basis eine Perspektive haben kann.

Unser Begriff von der Guerilla als alleinige Triebkraft im revolutionären Kampf, war ganz sicher auch ein Ergebnis unserer schnellen Illegalisierung. Aus der Not eine Tugend werden lassen. Sich selbst als konkretes revolutionäres Subjekt setzen.

Nicht zuletzt auch der sich perfektionierende Repressionsapparat, warf uns auf uns selbst zurück und auf die Fokussierung unserer Gefangenen. Eine heutige Reflektion unserer bewaffneten Politik in der BRD (und ich finde das gilt für alle Gruppen: RAF, Bewegung 2.Juni, RZ) stößt auf zwei große Schwächen: Eine fehlende politische Organisation mit zuverlässigen verbindlichen Strukturen, welche an der strategischen Ausrichtung arbeitet und so die bewaffneten Aktionen mitbestimmt, mitträgt, vermittelt und korrigiert. Wir waren stets angewiesen auf eine politisch diffuse Bewegung ohne politische und theoretische Kohärenz, oder auf kleine Trabantengröppchen ohne eigenständige revolutionäre Perspekti-

ve, oder auf Einzelpersonen. Dieser fehlende politische Rahmen ist auch eine Ursache für die Zersplitterung zu Individuen nach der Niederlage und nach den Knästen.

Die zweite Schwäche war die praktische Aufgabe der Arbeiterklasse als potenziell revolutionäres Subjekt. Ideologisch haben wir uns schon in der Kontinuität der revolutionären Geschichte der Arbeiterklasse gesehen, praktisch aber haben wir keine Verbindung gefunden.

Diese sehr mangelhafte politische und strategische Vorbereitung unserer bewaffneten Interventionen hatte dann auch den Verlust an Unterstützung innerhalb der Linken Kräfte zur Folge. Beschleunigt von den Kriminalisierungs- und Repressionswellen gegen sie. Von der Arbeiterklasse gar nicht zu reden.

Ich persönlich habe mich 1982 dann nach langen Diskussionen von den Resten der Guerilla getrennt und in die DDR abgesetzt. Von dort habe ich unschätzbare Erfahrungen mitgenommen.

Nach der überwältigung der DDR 89 war ich dann wieder in der Legalität des Kapitalismus. Die Niederlage mit all seinem tiefgreifenden persönlichen und politischen Chaos habe ich im Knast durchlebt. Nach dem Triumph über das sozialistische Lager steigerte der Kapitalismus seine Bösartigkeit, die Geschichte wurde für beendet erklärt, Die westlichen Konzern und die Nato setzten an, die ehemaligen Räume des sozialistischen Lagers militärisch und ökonomisch zu zerreißen. Neubestimmung war erforderlich. Die Jahre der Konfusion mussten überwunden werden.

Mit der Niederlage des sozialistischen Lagers setzte der umfassende Versuch der Bourgeoisie ein, alle historisch gewachsenen und wissenschaftlich unterlegten Begriffe kommunistischer Herkunft zu entsorgen oder für sich umzudeuten. Das war nicht ganz erfolglos. Ich erinnere mich, dass noch bei den Vorbereitungen zu den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, Begriffe wie Kapitalismus, Imperialismus, Klassenkampf, Proletariat etc. Begriffe waren, die als absolut verstaubt galten und als Gespensterrelikte aus dem Propagandaarsenal des gescheiterten autoritären Kommunismus gescholten wurden. Und zwar nicht nur in der parlamentarischen, reformistischen Linken, die bei diesen Termini ja sowieso immer fürchten, mit der Stalinismuskeule erschlagen zu werden, sondern vor allem auch in der außerparlamentarischen Bewegung,

die ja zu großen Teilen diese Anti-G8 Proteste vorbereitet hatte. Also dieses ganze Spektrum von den NGOs bis hin zu den linksradikalen und autonomen Zusammenhängen. Die Verweigerung mit marxistischen Begriffen die Realität zu analysieren, war die Verweigerung den Kapitalismus als Klassensystem zu identifizieren.

Wir hatten damals als „Bündnis für eine revolutionäre Perspektive“ unsägliche Diskussionen, da wir die unbestimmten aber beliebten Begriffe wie Globalisierung, Multitude, etc. als moderne Verschleierung der Klassenverhältnisse und Klasseninteressen verwarfen. Worte wie Sozialismus, Kommunismus, Revolution waren ganz und gar out und hatten Ersatzbegriffe gekriegt, wie „Emanzipatorische Gesellschaft“, Solidargemeinschaft, Umwälzung durch Antimacht statt Gegenmacht usw. Negri und Hardt waren der Renner. Aber der unglaubliche Anstieg der Barbarei in den letzten Jahren hat das tödliche System wieder sichtbar gemacht und den Begriffsnebel der Postmoderne gelichtet.

Dennoch waren die Massenkämpfe und Demonstrationen eine Tendenz aus der Defensive herauszukommen.

Die Krise hat sich längst in allen gesellschaftlichen Bereichen ausgebreitet und bringt die Widersprüche zum bersten. Auch wenn in Deutschland insgesamt der Widerstand noch zaghaft ist, ist es unübersehbar, dass Wunsch und Möglichkeit zur Überwindung des Kapitalismus sich näher kommen. Die zahlreichen linken Debatten und Krisenanalysen lassen keinen Zweifel daran, daß die marxistische Linke keine Illusionen hat über die weitere kapitalistische Entwicklung. Es herrscht weitestgehende Einigkeit darüber, daß die Klassenwidersprüche sich sowohl im globalen Maßstab als auch vor der Haustür verschärfen und ausdehnen, sich Luft machen in irrationalen Aggressionen, in Kriminalität und Kriegen, in abrupten sozialen Aufständen, die mit staatlichem Terror niedergeschlagen werden; daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung nur noch mit ungeheurem Propagandaaufwand, mit großem Lug und Trug und einem dichten Apparat aus Sozialfunktionären, Polizei, Justiz, Geheimdiensten und Militär funktionieren kann und dass die legalen Bedingungen für einen sozialen und politischen Wandel – nämlich die demokratischen Rechte und Räume – sich rapide verengen. Kurz: Rosa Luxemburgs Ausruf »Sozialismus oder Barbarei« ist in aller Munde. Ich habe mir lange überlegt, ob es überhaupt sinnvoll ist über den

revolutionären Prozess zu reden, wenn, wie hier bei uns, das Klassenbewusstsein und eine revolutionäre politische Praxis nur embryonenhaft vorhanden ist.

Es ist sinnvoll. Denn die Geschichte steht nicht still, die schwachen Klassenkämpfe von heute, werden die Aufstände von morgen sein. Das weiß der Klassengegner scheinbar besser als wir, denn er bereitet sich permanent darauf vor. Sei es durch Ausbau der sozialen Kontrolle und der sozialen Spaltungen, durch Überwachung der öffentlichen Räume, Militarisierung der Migrantenschutz oder durch die Legalisierung von Inlandseinsätzen der Bundeswehr. Und vor allem durch die weltweite kriegerische Sicherstellung von Ressourcen für seine ungeheuer destruktive Produktionsweise.

Deshalb ist es irritierend, dass trotz der Schärfe und Differenziertheit der Analysen, die Vorstellungen von grundsätzlichen Veränderungsmöglichkeiten immer ärmer und hilfloser ausfallen. Den Fortgang des Elends vor Augen, ohne Ausweg, verfallen die VerfasserInnen von Memoranden und Programmen, von Petitionen und Appellen auf nichtssagende Allgemeinplätze und wohlfeile Forderungen.

Aber wir stehen noch nicht mit dem Rücken zur Wand! Es gibt noch Optionen, die aussichtsreicher sind als der Rückzug in eine hundert Jahre alte »Verbesserungspolitik«, mit welcher angeblich immer »das Schlimmste« verhindert werden soll, und die uns real immer weiter in die Defensive treibt.

Uns brennen die Fragen auf den Nägeln, wie kommen wir mit welchen Instrumenten wieder in die Offensive! Wie schaffen wir den notwendigen Aufbau einer revolutionären Organisation /Partei um den revolutionären Prozess wieder anzuschieben.

In fast allen gesellschaftlichen Bereichen gibt es Widerstand. viele kleine Bürgerinitiativen, organisierte und unorganisierte Aktivitäten, spontane, geplante, militante und friedliche Aktionen, Demonstrationen, Streiks, Betriebsbesetzungen. Allein es mangelt an zusammenfassenden Strukturen, die dem Sammelsurium an Kämpfen einen entschlossenen gemeinsamen antikapitalistischen Ausdruck zu geben vermögen und die Ziele dieser Kämpfe unerschrocken auf eine sozialistische Systemalternative orientieren. Das ist keine neue Erkenntnis, wir müssen nur beginnen, sie ins Werk zu setzen.

Millionen Menschen gehen weltweit auf die Straße, weil sie die kapitalistische Zerstörung satt haben, aber das kratzt die Verantwortlichen Eliten nicht lange. Sie ignorieren es oder zerschlagen die Aufstände militärisch. Keine Massenbewegung entsteht aus dem Nichts. Es gibt immer eine oder mehrere Strukturen, die den gesellschaftlichen Konflikt, um den sich die Bewegung entfaltet, thematisieren und die beginnen aufzurufen sich dagegen zu wehren. Das nicht zu sehen, ist eine Mythisierung der „Spontanität der Massen“. Schauen wir uns die großen Massenkämpfe der letzten Jahre an, die Antigipfelproteste oder die jüngsten großen internationalen Massenbewegungen. Stuttgart 21, die Antiatombewegung, Agenda 2010, die großen antifaschistischen Blockaden etc. Wir finden immer organisiert handelnde Initiatoren. Natürlich entwickelt sich die Massenbewegung dann auch eigendynamisch und bringt neue Akteure hervor, die aber als Individuen schnell wieder untergehen. Tatsächlich ist die politische Wirksamkeit einer großen Bewegung maßgeblich bestimmt von den in ihr handelnden Strukturen und organisierten Menschen. Und ihre Begrenztheit ist letztlich die Begrenztheit, der in ihr wirkenden Organisationen. Darum macht es überhaupt keinen Sinn, einen Widerspruch zwischen Bewegung und Organisation zu sehen. Es ist eine strategische Herausforderung, die ökonomischen Kämpfe in den Betrieben und die Vielfalt der außerbetrieblichen Kämpfe politisch/organisatorisch zu verbinden und auf eine kommunistische Perspektive zu richten. Das erfordert eine Organisation oder Partei mit beweglichen und trotzdem disziplinierten Strukturen, das erfordert einen dialektischen Umgang mit Widersprüchen, die nur über eine gemeinsame kämpferische Praxis, aber nicht im ideologischen Papierkrieg aufhebbar sind, und das erfordert auf bestimmter Ebene Klandestinität gegenüber dem Klassengegner.

Eine Organisation/Partei, kann zwar fortschrittlich, antikapitalistisch, marxistisch/leninistisch sein, aber nicht revolutionär, wenn sie nicht in bestimmten Bereichen (Kommunikation, Strukturen, Verantwortlichkeiten) klandestin ist.

Das ist eine logische, absolut notwendige Konsequenz, wenn wir ernst nehmen, was wir wissen: die Konzeption des staatlichen Sicherheitsapparates in Deutschland und die sogenannte gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur sind in ihrer Vollendung auf totalitäre Herrschafts-

sicherung aus. Sie funktionieren losgelöst von demokratischen und gesetzlichen Vorgaben und sind funktional für autoritäre und faschistische Herrschaftstypen.

Wir kennen alle die Debatten, in denen Vertreter der Elite bereits jetzt ohne Scheu darüber reden, dass die demokratische Herrschaftsform den Problemen der Zeit nicht mehr dienlich ist. Wir haben es zu tun mit einer schleichenden Faschisierung unter dem Deckmantel von Phrasen wie »Freiheit braucht Sicherheit« und mit einer erschreckend hohen Akzeptanz rassistischer Haltungen und Handlungen, wenn sie aus der »Mitte« der Gesellschaft kommen.

Nicht allein die Theorie und die Propagierung des M/L macht eine Organisation zu einer revolutionären, sondern allein ihre kämpferische Praxis, und diese stößt unweigerlich auf Repression. Aus diesem Grund dürfen eine revolutionäre Organisation nicht komplett offen vom Klassegegner einzusehen, die Mitglieder und Strukturen nicht alle bekannt, das inhaltliche, logistische und finanzielle Vermögen nicht jederzeit angreifbar sein usw. Dennoch muß sie in den betrieblichen und politischen Auseinandersetzungen als organisierende kämpferische Kraft sichtbar und ansprechbar sein.

Die Eigentumsfrage wird nicht innerhalb des bürgerlichen Staates und nicht mit dem bürgerlichen Recht gelöst. Das kapitalistische Gewaltmonopol bricht nicht von allein; der Bruch muss bewusst organisiert und der Kampf dafür erlernt werden. Eine revolutionäre Organisation kann die bürgerliche Rechtsordnung nur als taktischen Bezugspunkt begreifen, aber nicht als naturgegeben verinnerlichen. Konkret heißt das beispielsweise: Wenn der Staat Krieg führt und als Antikriegsaktion Bundeswehrausrüstung abgefackelt wird, Sabotage im Betrieb an Rüstungsgütern betrieben wird, wenn es wilde Streikaktionen, Betriebs- und Hausbesetzungen, militante antifaschistische Aktionen, Gegenwehr bei Polizeiatacken etc. gibt, dann muss eine revolutionäre Partei sich entschlossen hinter diese Kämpfe stellen, sie politisch einordnen und verteidigen, den Aktivisten ideologischen und rechtlichen Schutz geben und nicht den bürgerlichen Pazifismus, die bürgerlichen Gesetze in Front gegen sie bringen.

Um kämpferisches Klassenbewusstsein zu entwickeln, muß eine revolutionäre Organisation versuchen, die Kämpfe, in denen sie verankert

ist, so weit wie möglich an die Grenze der bürgerlichen Rechtsordnung heranzuführen, und wenn es notwendig und möglich ist, diese überschreiten. Nur so kann in den Protestaktionen die Ohnmacht vor der Allmacht des Staates gebrochen werden. In der Konfrontation wird die Klarheit entwickelt werden, daß wir den Kapitalismus nicht wegbeten können, selbst wenn Millionen auf die Straße gehen. Wenn es unter den Millionen keine Kräfte gibt, die bereit und fähig sind, die Konfrontation mit den Herrschenden einzugehen, gibt es auch keine politischen Optionen zugunsten fortschrittlicher Veränderungen.

Strategisches Klassenprojekt

Die Schaffung einer solchen Organisation ist ein notwendiger revolutionärer Aufbauprozess, ein strategisches Klassenprojekt. Es ist ein sehr schwieriger, langfristiger Prozess. Eine revolutionäre Organisation ist nicht am Reißbrett zu entwerfen. Sie muß sich lernend und reflektierend entwickeln. Aus dem Jahrhundert der Kämpfe um die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung werden die positiven wie negativen historischen Erfahrungen ein hilfreiches Korrektiv sein. Wir fangen also nicht bei Null an.

Es gibt eine große Unzufriedenheit mit den traditionell existierenden linken Strukturen und ein Bedürfnis für eine revolutionäre kommunistische Organisation, vor allem bei jungen kommunistischen Aktivisten. Sie trauen – bei allem Respekt – den jetzigen linken Parteistrukturen keinen Aufbruch aus der Befangenheit traditioneller Politikformen mehr zu. Wir müssen aber aus der Blockierungen durch die ideologischen Muster des 20. Jahrhunderts ausbrechen und den Kampf für eine kommunistische Perspektive aus den heutigen Bedingungen entwickeln und organisieren, ohne in die postmoderne Beliebigkeit zu fallen.

In diesem Projekt hat auch die parlamentarische Linke ihre unbedingt notwendige Funktion. Aber eben als eine kämpferische Opposition, die dem Klassenprojekt verpflichtet ist und ihm Ressourcen öffnet (Information, Wissen, Zugang zur Öffentlichkeit etc.) und nicht als Partei, die der Illusion oder dem Betrug zuarbeitet, wenn sie erst einmal in der Regierung sei, würde alles besser.

Transkription der Veranstaltung "Revolutionäre Strategien in der Krise" gehalten von Inge Viett am 7.Mai 2016 im Linken Zentrum Lilo Herrmann in Stuttgart. Erweiterte und aktualisierte Fassung des Vortrags auf der Rosa-Luxembourg-Konferenz 2011.

Die zahlreichen innerlinken Debatten und Krisenanalysen lassen keinen Zweifel daran, dass die marxistische Linke keine Illusion hat über die weitere kapitalistische Entwicklung. Es herrscht Einigkeit darüber, dass die Klassenwidersprüche, sich sowohl im globalen Maßstab, als auch vor der Haustür verschärfen und sich ausdehnen, sich Luft machen in irrationalen Aggressionen, in Kriminalität und Kriegen, in abrupten sozialen Aufständen, die mit staatlichem Terror niedergeschlagen werden und dass diese Widersprüche Migrationsströme auslösen, die entschlossen in die reichen Zentren der kapitalistischen Zerstörer dringen, ungeachtet der Versuche, sie militärisch aufzuhalten. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung kann nur noch mit ungeheurem Propagandaaufwand, mit großem Lug und Trug und einem dichten Apparat aus Sozialfunktionären, Polizei, Justiz, Geheimdiensten und Militär funktionieren. Und die legalen Bedingungen für einen sozialen und politischen Wandel, nämlich die demokratischen Rechte und Räume verengen sich rapide. Die gesamte Linke steht ziemlich fassungslos vor dem Aufstieg rechter und neofaschistischer Parteien und Kräfte, auf die sich die Mitte-Rechts-Regierung stützen können mit ihre Abschottungspolitik, mit ihren Austeritätsprogrammen und mit der Fortsetzung ihrer Kriegspolitik.

Strategien entwickeln

Deshalb ist es irritierend, dass trotz der Schärfe und Differenziertheit der Analysen die Vorstellungen von grundsätzlichen Veränderungsmöglichkeiten, zumindestens vom traditionellen Teil der Linken, immer ärmer und hilfloser ausfallen. Den Fortgang des Elends vor Augen, ohnmächtig und ohne Ausweg, werden Memoranden,

Programme, Petitionen und Appelle, verzweifelte Aufrufe fabriziert, die uns nicht weiterhelfen.

Auch wenn das kapitalistische Herrschaftssystem sich aufbläht bis zur scheinbaren Unüberwindlichkeit, in vielen Ländern, auch in vielen Bereichen in der BRD, gibt es Gegenkräfte: viele kleine Bürgerinitiativen, organisierte und unorganisierte Aktivitäten, spontane, geplante, militante und friedliche Aktionen, Platzbesetzungen, Demonstrationen, Streiks, Betriebsbesetzungen und nun die Unterstützung hunderttausender für die Migrationsbewegung. Allein es mangelt an zusammenfassenden Strukturen, die dem Sammelsurium an Kämpfen einen entschlossenen gemeinsamen antikapitalistischen Ausdruck zu geben vermögen und die Ziele dieser Kämpfe unerschrocken auf eine sozialistische Systemalternative orientieren. Das ist keine neue Erkenntnis, wir müssen nur beginnen, sie ins Werk zu setzen.

Ich weiß, das ist leicht dahin gesagt und enorm schwer umzusetzen. Aber es ist nicht unmöglich.

Die Theorien von Marx und Lenin sind nicht nur das Handwerkszeug für Analysen. Sie sind zugleich auch die Instrumente für eine revolutionäre Praxis. Lenin wird in vielen Analysen wieder zitiert – aber welcher Lenin!? Lenin als Theoretiker, Lenin als Imperialismusexperte, Lenin als Staatsmann. Seine herausragende Bedeutung und Faszination aber hat er als Revolutionär. Als Stratege und Organisator einer revolutionären Partei, als Organisator von Aufständen. Das heißt nicht, wir könnten die Kämpfe, die 1917 in der Revolution gipfelten, heute noch so führen. Denn selbstverständlich sind heute die Beziehungen und Verflechtungen der Klassenstrukturen komplexer und die kapitalistische Ideologie und die neoliberale Durchdringung aller Lebensbereiche viel tiefer verinnerlicht, als am Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts. Und der Klassenfeind ist durch unsere historische Niederlage im Vorteil. Aber sind das Gründe, nicht einmal mehr über revolutionäre Strategien nachzudenken?

Was ist passiert nach der globalen Revolte der 60er Jahre, die ich als die

vorerst letzte weltweite revolutionäre Erhebung identifiziere? Der Neoliberalismus hat nach und nach alle sozialen Kompromisse und politischen Errungenschaften der 60er, 70er Jahre beseitigt. Die weltweiten systemkritischen Erhebungen in denen es um Emanzipation, Kollektivierung, ökonomische Non-Profit-Wirtschaft ging und die eine bestimmte konsumfeindliche Gegenkultur zum Kapitalismus entwickelte, wurden ökonomisch, strafrechtlich, militärisch und vor allem ideologisch ausgelöscht. Erinnern wir uns, der Diskurs der 80er, 90er Jahre war eine einzige Denunziation aller Hoffnungen und Aufbrüche der 60er. Soziale, autonome Projekte wurden zerschlagen oder finanzialisiert. Soziale und kulturelle Einrichtungen wieder in die Marktlogik eingefügt. Die Ausbeutung intensiviert, die Arbeitsrechte ausgehöhlt, die Konkurrenz verschärft. „Agenda 2010“ und die Prekarisierung als Lebensgefühl. Dazu die Begleitmusik, "jeder ist sich selbst der nächste". Aggressivität, Leistungsdruck, Konsumterror, Durchmarsch der kapitalistischen Verwertung in allen Bereichen. Wer nicht mitkommt ist ein Loser und landet am Hartz4-Strick. Linke Alternativen werden denunziert, lächerlich gemacht vom medialen und politischen Mainstream. Nationalismus und Chauvinismus als Angebot für die sogenannten Loser. Wir sind wieder wer, große Event-Kultur für alle - Großmachtpolitik für die Elite. Die gesellschaftliche Entpolitisierung setzte sich durch. Der Zusammenbruch des sozialistische Lagers besiegelte die historischen Niederlagen der Linken. Mit den Folgen einer jahrelangen Konfusion. Wir können somit von einer gelungenen Konterrevolution des Kapitals reden, gegenüber den Aufbrüchen nach `45. Aber - die gesellschaftlichen Widersprüche werden von den kapitalistischen Krisen vorangetrieben. In den letzten Jahrzehnten formierte und verstärkte sich der Widerstand gegen das Raubsystem erneut.

Drei Linien linker Politik

Ich sehe drei wesentliche Linien, um die herum sich praktisches Handeln der Linken gruppiert. Die eine ist die Politik, innerhalb der gegebenen bürgerlichen Rechtsordnung die Spielräume zu nutzen, um »Politik für

die Menschen« zu machen, das heißt: Unterstützung von außerparlamentarischen Bewegungen mit einem taktischen Verhältnis zu diesen, Mitarbeit in allen staatlichen Institutionen, parlamentarische Politik bis hin zur Regierungsbeteiligung. Hier geht es um linke Gestaltungspolitik innerhalb des kapitalistischen Staates zugunsten der benachteiligten Schichten. Das macht als stärkste organisierte Kraft die Partei Die Linke und ihr Umfeld. In diesem Spektrum gibt es die gesamte Bandbreite politischen Bewusstseins vom revolutionären Marxismus bis zum bürgerlichen Reformismus. Hier bleiben der bürgerliche Staat und die bürgerliche Rechtsordnung immer der Rahmen und Bezugspunkt für die politische Praxis. Der Erfolg dieser Politik wird am Erstarren der Partei, und dieses Erstarren wird an Wahlprozenten gemessen. Dieses Konzept zielt letztlich auf die Erlangung der Hegemonie im kapitalistischen Staatsapparat und sieht den Staat, nicht das Proletariat als Subjekt der Veränderung. Diese Politik produziert Bürokraten und Funktionäre, nicht Revolutionäre. Sie ist klassischer Reformismus, und ihre Fortschrittlichkeit nimmt ab mit wachsender Integration in den Regierungsbetrieb.

Ihre historischen Vorläufer hat diese Linie im sozialdemokratischen Weg seit Eduard Bernstein und der Politik der SPD seit dem »Burgfrieden« im Ersten Weltkrieg, aber auch im Weg großer europäischer kommunistischer Parteien, am beispielhaftesten am Niedergang der PCI und der KPF zu illustrieren. Dieser Linie folgt auch die Politik der Mehrheit in der DKP, welche nur aufgrund ihrer derzeitigen Schwäche nicht zum Tragen kommt. Geben diese historischen Erfahrungen Hoffnung auf die Überwindung des Kapitalismus?

Die andere Linie beharrt auf den historischen Materialismus und die marxistische Klassenanalyse. Die Überwindung des Kapitalismus ist nur möglich durch die Aufhebung des zentralen Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital, und das ist die historische Mission der Arbeiterklasse. Diese allerdings hat nicht die Einsicht in ihre historische Rolle, kommt nicht von der »Klasse an sich« zur »Klasse für sich«. Das erfordert eine Aufklärungs- und Propagandapolitik, um das

Klassenbewusstsein zu stärken, um die ökonomischen Kämpfe zu bewussten Klassenkämpfen zu machen, das bedeutet die Gemeinsamkeit und die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Hier ist das objektiv revolutionäre Subjekt die Arbeiterklasse, welche immer noch vorwiegend im Industrieproletariat verortet wird und die traditionelle Linke sieht sich als ihre Avantgarde und Stellvertreterin.

Dies ist historisch die Linie der siegreichen Oktoberrevolution, aber auch die steckengebliebene Linie der kommunistischen Linken in den reichen kapitalistischen Staaten. Steckengeblieben im Opportunismus und im bürgerlichen Legalismus mit dem Ergebnis von Resignation und Zerstörung kommunistischen Bewusstseins. Es werden zwar theoretisch noch revolutionäre Positionen vertreten, die konkrete Praxis aber ist reformistisch und bürgerlich legalistisch. Die Agitation für Klassenpositionen bricht sich an der eigenen Machtlosigkeit und der Informations- und Ideologiemacht der herrschenden Klasse die Zähne aus.

Die dritte, die Bewegungslinie, ist die der Mobilisierung der politisch aktiven Massen gegen kapitalistische und imperialistische Großevents. Hier wird aus ideologischen Gründen weitgehend auf gemeinsame Inhalte und dauerhafte Organisationsstrukturen verzichtet. Die Aktivisten kommen vorwiegend aus Teilbereichskämpfen. Der zentrale Klassenwiderspruch ist kein oder kaum Thema, Gegenmacht wird verstanden als spontane massenhafte Grenzüberschreitung. Die Frage organisierter revolutionärer Gewalt wird mehrheitlich mit bürgerlichem Pazifismus beantwortet. Diese Bewegungslinie hat in den letzten 20 Jahren starken Widerstand entfalten können. In den Kämpfen gemachte Erfahrungen aber, finden keinen organisatorischen Ort, der Strukturen befestigen, Kontinuität weiterentwickeln und bewerkstelligen kann.

Die radikale Linke bewegt sich mal in Bündnissen, mal isoliert zwischen diesen Linien. Es geht mir keinesfalls darum, die Politik innerhalb dieser grob skizzierten Linien als fruchtlos abzuwerten, sondern ich betrachte sie hier allein unter dem Gesichtspunkt, ob mit ihnen die Stagnation im

revolutionären Prozess aufgebrochen werden kann. Ich gehe von ihrer Begrenztheit aus.

Wo bleibt das Subjekt?

Wir beklagen das fehlende oder schwache Klassenbewusstsein der proletarischen Schichten, sie seien nicht kämpferisch, die Belegschaften in den Betrieben unterwerfen sich der opportunistischen Gewerkschaftspolitik. Wir beklagen die Zersplitterung der Linken, wir reden von der Notwendigkeit, Klassenbewusstsein ins Proletariat zu tragen. Das stimmt zwar alles, aber welches Klassenbewusstsein kann überhaupt in die Arbeiterklasse hineinragen werden, wenn es nur noch um linke Politikgestaltung im Rahmen der bürgerlichen Rechtsordnung geht? Oder um massenhafte Scheinangriffe, die ihre Grenzen in Forderungen nach Demokratie finden?

Marxistisches Wissen, Kritikfähigkeit, linke Politik, ein linkes Parteiprogramm sind nicht identisch mit Klassenbewusstsein. Das ist Wissenschaft, eine fortschrittliche Geisteshaltung – aber kein Klassenbewusstsein. Klassenbewusstsein ist ein kämpferischer Antagonismus zur bürgerlichen Rechtsordnung, zur bürgerlichen Moral, zum bürgerlichen Pazifismus. Es ist die Emanzipation von der bürgerlichen Ideologie überhaupt und geht aus von der Legitimität des revolutionären Kampfes für die zukünftige Legalität der proletarischen Klasse. Überhaupt macht Klassenbewusstsein nur Sinn, wenn aus ihm ein bewusster Kampf zur Überwindung der Klassengesellschaft geführt wird. Alles andere ist Proletenkult.

Warum muss sich die marxistische Linke mit ihrer Stellvertreterpolitik für die Arbeiterklasse im Reformismus festfahren? Wenn die Werktätigen sich nicht politisch bewegen, weil sie in den Seilen ihres opportunistischen Gewerkschaftsapparates hängen, dann kann auch sie sich nicht bewegen und muss auf das Niveau der »Verteidigung demokratischer Rechte« zurückfallen. Ist diese Verteidigung nicht immer und ständig unser Alltagsprogramm?

Warum kann sich die marxistische Linke nicht selbst als revolutionäres Subjekt verhalten, obwohl sie den Zustand und die Perspektive der kapitalistischen Zivilisation völlig klar vor Augen hat – viel klarer und quälender als die Mehrheit der proletarischen Klasse und ganz allgemein auch die Mehrheit der Bevölkerung. Warum gilt der Brechtsche Ausspruch: »Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein«, nur für die Arbeiterklasse? Wenn wir unser ganz eigenes Verhältnis zur Revolution – und das heißt zu einer revolutionären Strategie und Praxis hin zu diesem Punkt – nicht klären, können wir weder das Klassenbewusstsein, noch die Klassenkämpfe, noch ein Zipfelchen Gegenmacht entwickeln. Dann dümpelt alles, was wir tun, ewig weiter im zivilgesellschaftlichen Morast, in parlamentarischer und außerparlamentarischer »Gestaltungspolitik«, in symbolischen, Energie vergeudenden Scheinangriffen, oder im Aufschwung und Abschwung von Teilbereichskampagnen. Dann ringen wir dem Kapitalismus in den reichen Staaten vielleicht – aber nur vielleicht – in den nächsten Jahren wieder ein paar Zugeständnisse ab, während er den Rest der Welt weiterhin entweder mit seinem Profitzwang erwürgt oder in »Präventivkriegen« verwüstet. Wer sich damit schon abgefunden hat, wird resigniert abwinken und in der noch machbaren Tagespolitik politisch verarmen.

Kämpfe zusammenführen

Aber wir stehen noch nicht mit dem Rücken zur Wand! Es gibt noch Optionen, die aussichtsreicher sind als der Rückzug in eine hundert Jahre alte »Verbesserungspolitik«, mit welcher angeblich immer »das Schlimmste« verhindert werden soll und die uns real immer weiter in die Defensive treibt.

Ich komme zum Punkt: Das Gebot der Stunde ist der Aufbau einer revolutionären, kommunistischen Organisation. Eine Organisation, die im Marxismus wurzelt und die historischen Erfahrungen der verschiedenen revolutionären Prozesse auf die gegenwärtigen,

veränderten Bedingungen anwendet und in den Aufbau ihrer Strukturen eingehen lässt. Eine revolutionäre Partei kann, wie schon angedeutet, heute nicht mehr dieselbe Strategie und Gestalt wie unter den Bedingungen von 1917 haben. Die Klassenstrukturen sind fragmentierter. Die Kräfteverhältnisse insgesamt haben sich verschoben: Das Industrieproletariat als Kernstruktur der Arbeiterklasse ist geschrumpft, die Privatisierung öffentlichen Eigentums hat neue Schichten von Lohnabhängigen dem Zwang zur Profitmaximierung unterworfen. Ein großer Teil des heutigen Proletariats ist prekär unterwegs oder ganz aus der Produktion herausgeschleudert, unorganisiert, stark entpolitisiert und dem ökonomischen Überlebensdruck unterworfen. Das verlagert und verschärft die sozialen und politischen Konflikte außerhalb der Betriebe. Darüber hinaus sind die historischen Erfolge und Niederlagen der revolutionären Kämpfe Teil des politischen Bewusstseins geworden.

Es ist nach wie vor richtig, dass das Industrieproletariat die zentrale Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess innehat und damit objektiv die Hebel gegen den Kapitalismus in Händen hält. Aber wenn es – wie seit einigen Jahrzehnten – so schwer ist, revolutionären Einfluss auf die Betriebskämpfe zu nehmen, dann nützt es gar nichts, sich an dieser Front festzurennen. Es muss eine neue Front aufgemacht werden, die von außen Bewegung in die Betriebe bringt, die den Gewerkschaftsbürokraten Druck macht und den klassenkämpferischen Kräften in den Belegschaften und Gewerkschaften Rückenwind gibt. Real gibt es diese Front ja schon lange, wenn auch noch recht unbefestigt und unorganisiert. Es sind die vielen neuen Kampffelder gegen die Totalisierung der Verwertung. Diese werden aber von der marxistischen Linken immer noch nicht als Klassenkampffront ernst genommen.

Ebenso ist der Mehrheit der Aktivisten auf den Kampffeldern außerhalb der Betriebe nicht deutlich, dass nahezu alle Konfliktfelder Ausdruck des Klassenwiderspruchs sind, dass die Probleme auf die eine oder andere Weise auf die kapitalistische Profitwirtschaft zurückzuführen sind oder durch sie begünstigt werden. Darüber hinaus haben die postmodernen

Theorien eine gewisse Ver- oder Nichtachtung der ökonomischen Kämpfe der Arbeiter in die Linke getragen.

Es ist eine strategische Herausforderung, die ökonomischen Kämpfe in den Betrieben und die Vielfalt der außerbetrieblichen Kämpfe inhaltlich/politisch/organisatorisch zu verbinden und auf eine kommunistische Perspektive zu richten. Das erfordert bewegliche und trotzdem disziplinierte Strukturen, das erfordert einen dialektischen Umgang mit Widersprüchen, die nur über eine gemeinsame kämpferische Praxis, aber nicht im ideologischen Papierkrieg aufhebbar sind, und das erfordert auf bestimmter Ebene Klandestinität gegenüber dem Klassegegner.

Eine Organisation oder Partei, kann zwar fortschrittlich, antikapitalistisch, marxistisch/leninistisch sein, aber nicht revolutionär, wenn sie nicht in bestimmten Bereichen (Kommunikation, Strukturen, Verantwortlichkeiten) klandestin ist.

Das ist eine logische, absolut notwendige Konsequenz, wenn wir ernstnehmen, was wir wissen: die Konzeption des staatlichen Sicherheitsapparates in Deutschland und die sogenannte gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur sind in ihrer Vollendung auf totalitäre Herrschaftssicherung aus. Sie funktionieren losgelöst von demokratischen und gesetzlichen Vorgaben und sind funktional für autoritäre und faschistische Herrschaftstypen.

Wir kennen alle die Debatten, in denen Vertreter der Elite bereits jetzt ohne Scheu darüber reden, dass die demokratische Herrschaftsformen den Problemen der Zeit nicht mehr dienlich sind. Wir haben es zu tun mit einer schleichenden Faschisierung unter dem Deckmantel von Phrasen wie »Freiheit braucht Sicherheit« und mit einer erschreckend hohen Akzeptanz rassistischer Ansichten, wenn sie aus der »Mitte« der Gesellschaft kommen. Wir werden in nicht allzulanger Zeit die AfD, eine rassistische, in Teilen faschistische Partei, in einer Koalitionsregierung sehen.

Revolution, heißt immer noch Umsturz aller Verhältnisse in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist. Nicht die Theorie macht eine Organisation zu einer revolutionären - nicht allein -, sondern ihre kämpferische Praxis. Und diese stößt unweigerlich auf Repression. Aus diesem Grund dürfen eine revolutionäre Organisation nicht komplett offen, vom Klassegegner einzusehen sein, die Mitglieder und Strukturen nicht alle bekannt, das inhaltliche, logistische und finanzielle Vermögen nicht jederzeit angreifbar sein. Dennoch, muss sie in den betrieblichen und politischen Auseinandersetzungen als organisierende, kämpferische Kraft sichtbar und ansprechbar sein.

Die Eigentumsfrage wird nicht innerhalb des bürgerlichen Staates und nicht mit dem bürgerlichen Recht gelöst. Das kapitalistische Gewaltmonopol bricht nicht von allein; der Bruch muss bewusst organisiert und der Kampf dafür erlernt werden. Eine revolutionäre Organisation kann die bürgerliche Rechtsordnung nur als taktischen Bezugspunkt begreifen, aber nicht als naturgegeben verinnerlichen. Konkret heißt das beispielsweise: Wenn Deutschland Krieg führt und als Antikriegsaktion Bundeswehrausrüstung abgefackelt wird, dann ist das eine legitime Aktion, wie auch Sabotage im Betrieb an Rüstungsgütern, illegale Streikaktionen, Betriebs- und Hausbesetzungen, militante antifaschistische Aktionen, Gegenwehr bei Polizeiattacken etc.

Eine revolutionäre Partei, eine revolutionäre Organisation muss sich entschlossen hinter diese Kämpfe stellen, sie politisch einordnen und verteidigen, den Aktivisten ideologischen und rechtlichen Schutz geben und nicht den bürgerlichen Pazifismus, die bürgerlichen Gesetze in Front gegen sie bringen. Um kämpferisches Klassenbewusstsein zu entwickeln, muss eine revolutionäre Organisation versuchen, die Kämpfe, in denen sie verankert ist, so weit wie möglich an die Grenze der bürgerlichen Rechtsordnung heranzuführen, und wenn es notwendig und möglich ist, diese überschreiten. Nur so kann in den Protestaktionen die Ohnmacht vor der Allmacht des Staates gebrochen werden. In der Konfrontation wird die Klarheit entwickelt werden, dass wir den Kapitalismus nicht

wegbeten können, selbst wenn Millionen auf die Straße gehen. Wenn es unter den Millionen keine Kräfte gibt, die bereit und fähig sind, die Konfrontation mit den Herrschenden einzugehen, gibt es auch keine politischen Optionen zugunsten fortschrittlicher Veränderungen.

Strategisches Klassenprojekt

Die Schaffung einer solchen Organisation ist ein notwendiger revolutionärer Aufbauprozess, ein strategisches Klassenprojekt. Sie ist nicht am Reißbrett zu entwerfen. Sie muss sich lernend und reflektierend entwickeln. Aus dem Jahrhundert der Kämpfe um die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung werden die positiven wie negativen historischen Erfahrungen ein hilfreiches Korrektiv dabei sein. Wir fangen also nicht bei Null an.

In diesem Projekt hat auch die parlamentarische Linke ihre unbedingt notwendige Funktion. Aber eben als eine kämpferische Opposition, die dem Klassenprojekt verpflichtet ist und ihm Ressourcen öffnet (Information, Wissen, Zugang zur Öffentlichkeit etc.) und nicht als Partei, die der Illusion oder dem Betrug zuarbeitet, wenn sie erst einmal in der Regierung sei, würde alles gut.

Wir müssen aber aus der Blockierung durch die ideologischen Muster des zwanzigsten Jahrhunderts ausbrechen und den Kampf für eine kommunistische Perspektive aus den heutigen Bedingungen entwickeln und organisieren, ohne in die post-moderne Beliebigkeit zu verfallen. Unsere Ausgangssituation ist einerseits schwierig und zerfahren, weil die Mosaik der Linken sich wieder und wieder den Luxus der Abgrenzung leisten. Sie ideologisch schnell festfahren und dazu neigen ihre Gruppenidentitäten zum Nabel der Politik zu machen. Andererseits ist es die außerparlamentarische und radikale Linke, die von der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ausgeht und auf ihren jeweiligen Widerstandsfeldern auch die meiste Kampferfahrung in den letzten Jahrzehnten gemacht hat und auch die meiste Kampfbereitschaft mitbringt.

Das sind erst mal gute Voraussetzungen. Es gibt seit einigen Jahren im außerparlamentarischen Spektrum verschiedenen Organisationsansätze, die im weitesten Sinne mit revolutionärem Anspruch angetreten sind, aber bei näherem Hinsehen über Strömungsbündnisse nicht hinaus kommen: IL, UmsGanze-Bündnis, Avanti, die Revolutionäre Linke, Zusammen Kämpfen, Blockupy, die NaO, Perspektive Kommunismus, Antifa Bewegung und so weiter. Die Kämpfe und Kampagnen der letzten Jahre gegen Hartz IV, gegen Agenda 2010, die Anti-Gipfel-Kämpfe, Castor schottern, Straßburg, TTIP um nur einige zu nennen, sind maßgeblich von diesen Bündnissen initiiert und mitgetragen und haben beachtliche Massen in Bewegung gebracht. Dennoch ist die Kraft der Proteste nicht zu einer kontinuierlich wahrnehmbaren und strategisch handelnden Gegenmacht geworden, welche in der Lage wäre den sozialen und politischen Verschärfungen auch nur annähernd in die Quere zu kommen, geschweige denn systemüberwindende Perspektiven zu entwickeln.

Und das ist letztlich das Ziel für das wir uns organisieren, für das wir gemeinsame Strategien entwickeln und für das wir kämpfen wollen. Wir sind nach wie vor an dem Punkt, dass unsere fundamentale Ablehnung der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse nur unbedeutend als politischer Faktor im Klassenkampf wirkt. Revolutionäre Gegenmacht wächst nicht von alleine, sondern muss organisiert und befestigt werden. Es ist völlig klar, dass ein wirklicher Druck auf die bestehenden Verhältnisse nur durch eine Massenbewegung ausgeübt werden kann.

Diese wird aber nur zielgerichtet agieren, wenn in ihr ein revolutionäres Zentrum wirkt. Ohne dieses Zentrum zerfallen die verschiedenen Teile, Strömungen und Interessen der Massen in ihre Bestandteile, wenn der schnelle Erfolg ausbleibt oder die Herrschenden durch bestimmte Zugeständnisse und Kompromisse, bestimmte Interessen und Forderungen befriedigen. Auch eine Massenbewegung – eine relative Massenbewegung – entsteht nie aus dem Nichts. Es gibt immer eine oder mehrere Strukturen, die den gesellschaftlichen Konflikt, um den sich die Bewegung entfaltet, thematisieren und die beginnen aufzurufen sich

dagegen zu wehren. Das nicht zu sehen ist eine Mythisierung der Spontanität der Massen. Schauen wir uns doch die jüngsten großen nationalen und internationalen Bewegungen an. Wir finden immer organisiert handelnde Initiatoren. Natürlich entwickelt sich die Massenbewegung dann auch eigen-dynamisch und bringt auch neue Akteure hervor, die aber als Individuen schnell wieder untergehen. Tatsächlich ist die politische Wirksamkeit einer großen Bewegung maßgeblich bestimmt von den in ihr handelnden Strukturen und organisierten Menschen und ihre Begrenztheit ist letztlich die Begrenztheit der in ihr wirkenden Organisationen.

Darum macht es überhaupt keinen Sinn einen Widerspruch zwischen Bewegung und Organisation zu sehen. Die revolutionäre Organisation muss als revolutionäres Zentrum zwischen den auf und abflauenden Bewegungen, Bewegungs- und Protestwellen und Teilbereichskämpfen agieren. Als Ort an dem sich Gegenmacht materialisiert, dadurch dass sie sich strukturell befestigt. Die Organisation in den gesellschaftlichen Teilbereichen, darf aber weder ersetzt, noch dominiert werden, weil hier politisches Bewusstsein und wichtige Erfahrung in der konkreten politischen Praxis gesammelt werden. Mit dem Apparat, mit den Repressionskräften, mit sich selbst. Außerdem muss die Praxis der revolutionären Organisation in ständigem Bezug zur Praxis der Basis-Gruppen stehen und die vielfältigen Kämpfe mit-initiieren, auswerten, verallgemeinern und verbinden zu einer kontinuierlichen Strategie, die den Gesamtprozess vorwärts treibt und letztlich immer auf den revolutionären Bruch zielt.

Wir kennen das alle seit Jahrzehnten: endlose Abwehrkämpfe gegen immer schärfere kapitalistische Zumutungen, immer drückendere Repression, die Initiativen des Gegners bestimmen unsere Aktivitäten und die Grenzen unseres Handelns. Selbst nach guten gelungenen Aktionen bleibt das Gefühl machtlos zu sein und über das Dagegen niemals hinauszukommen. Wenn wir nicht beginnen unsere eigene Seite aufzubauen und unsere Perspektive selbst zu entwickeln, bleibt der Widerstand in einer Sackgasse, in der wir uns frustriert immer um uns

selber drehen. Der Aufbau einer revolutionären Organisation kann nur als eine langfristige politische Praxis gesehen werden. Es gibt kein Schema, keine fertige Strategie die wir kopieren könnten. Wir müssen eigene Methoden und Konzepte für die inneren Strukturen an den objektiven Bedingungen entwickeln, ohne in die alten autoritären Fehler zu verfallen. Das wird nicht gradlinig verlaufen und auch mit Rückschritten behaftet sein. Wir brauchen Geduld, Flexibilität und Hartnäckigkeit.

Inge Viett, 7. Mai 2016 in Stuttgart

Inhalt

Inge – in unseren Kämpfen lebst du weiter	3
Beitrag zum revolutionären 1. Mai 2018 in Zürich	4
Bewaffneter Klassenkampf – 2006 –	13
Gedanken zum 11. September 2001	20
Lust auf Freiheit - Unsere Geschichte als Klassenkampf von unten verteidigen	23
Kader / Wir bekennen uns zum Widerstand, nicht zum Tod – 2015 –	30
Kapitalismus besiegen! Ohne Revolution? – 2009 –	33
Herrschaft - Ohnmacht - Angst - Gewalt - über die Quellen der Gewalt und die ewig menschliche Hoffnung ihrer Überwindung	43
Was war die DDR? - Über rein moralische Bewertungen hinaus	49
Was verbindet uns ? – 2006 –	59
Revolutionäre Strategien in der Krise – 2016 –	67